Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Telephon Nr 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 102. Freitag, den 4. Mai 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 2. Mai 1900.

Der Reichstag erledigte in seiner heutigen, gut besuchten Sitzung zunächst die beiden schleunigen Anträge Müller-Fulda und Bassermann betr. Abänderung des Stempelsteuergesetzes wie des Zolltarifes. Wie bekannt, soll aus der Erhöhung der Stempelabgaben wie der Zölle auf bestimmte Luxuswaaren die Deckung der Kosten der Flottenvermehrung beschafft werden; nach parlamentarischem Brauch mußte, ehe die Kommission weiter über diese Steuerpläne berathen kann, vorab eine erste Lesung im Plenum stattfinden. In der richtigen Voraussicht, daß die eigentlichen Auseinandersetzungen in der Kommission und bei der zweiten und dritten Plenarberathung stattfinden werden, begnügten sich die Redner, die beiden Antragsteller an der Spitze, mit meist ziemlich kurzen Erklärungen. Der flottenfreundliche Rickert klagte, daß man die Gelegenheit einer durchgreifenden Reichsfinanzreform verabsäumt habe, der flottenfeindliche Richter kritisirte zwar die ganzen Deckungspläne ziemlich scharf, tröstete sich aber dann damit, daß durch die Besteuerung der Konossemente (Schiffrachtbriefe 2c.) gerade die flottenschwärmerischen Kreise für ihre Liebhaberei bluten müßten. Bebel wies nach, daß solches nur in sehr beschränktem Maße der Fall sei; eine Reichsvermögenssteuer werde die reichen Flottenschwärmer in ganz anderer Weise treffen. Wie ein rothes Tuch auf gewisse Hausthiere — auf Truthäne z. B. — so wirkte die Erwähnung der Reichsvermögenssteuer auf die Herren von der Rechten; Graf Stolberg-Wernigerode sprang auf und bekräftigte in ziemlich überflüssiger Weise die allbekannte Thatsache, daß die Junker alles, was Erbschafts-, Vermögens-, Einkommensteuer heißt, hassen wie den leibhaftigen Gottseibeiuns. Schließlich erlebte noch das Haus das amüsante Schauspiel, daß sich die beiden Agrarier und Silbermänner Dr. Diederich Hahn und v. Kardorff von wegen der Bedeutung der „gräßlichen“ Flotte in die Haare geriethen. Diederich erheiterte die Versammlung durch Ausfälle gegen das Auswärtige Amt, die er mit einer Donnerstimme vortrug, als ob er sich im Circus Busch befände. — Mit dieser heiteren Episode schloß die Berathung und das Steuerbündel wurde zu seiner weiteren Verarbeitung an die Kommission verwiesen.

Die ganze Staatsaktion hatte kaum 2 Stunden in Anspruch genommen. Nach ihrer Erledigung wandte sich der Reichstag der zweiten Lesung der Novelle zur Unfallversicherung zu. Schon dieser erste Tag der zweiten Berathung zeigte das Bild, das sich voraussichtlich an den folgenden Tagen wiederholen wird: eine geschlossene bürgerliche Phalanx lehnte alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge ab; auf das plumpe Gewicht der Stimmen sich verlassend, glaubten die Redner der Mehrheitsfraktionen ihre Pflicht erfüllt, wenn sie in ein paar Sätzen einige trockene Ablehnungsformeln stammelten.

Abgelehnt wurde gleich der Antrag unserer Fraktion zu § 1, obwohl Molkenbuhr und Rosenow überzeugend nachwiesen, daß die von uns geforderte Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen nicht minder nöthig ist als die ebenfalls von uns verlangte schärfere Definition des Begriffes „Arbeiter“. Abgelehnt wurde ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der das Recht der Lehrlinge, Volontäre, Praktikanten usw. auf den Bezug einer Unfallrente sicher stellen wollte. Schließlich wurde ebenfalls abgelehnt unser Antrag zu dem wichtigen § 5, welch' letzterer das Entschädigungsprinzip regelt. Unsere Fraktion verlangte, daß der Grundsatz des Bürgerlichen Gesetzbuches — voller Schadenersatz — auch auf die Unfälle der Arbeiter angewandt werde. Stadthagen begründete in trefflicher Weise diesen Antrag. Aber die bürgerliche Mehrheit will von der Ausdehnung des allgemein gültigen Rechtsgrundsatzes auf die Arbeiter nichts wissen; durfte doch Geheimrath Caspar unter ihrem Beifall von einem für die Arbeiter günstigen Ausnahmerechte sprechen, wofür er von Molkenbuhr die gebührende Abfertigung empfing. — Morgen soll mit der Berathung fortgefahren werden.

184. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Frhr. von Thielmann, Tirpitz.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Werner (Antis.) und Genossen betr. die Einstellung eines gegen den Abg. Bindewald (Antis.) schwebenden Privatklageverfahrens debattelos angenommen.

Es folgt die erste Berathung des von dem Abg. Müller-Fulda (Z.) bei Gelegenheit der Berathung der Flottenvorlage in der Kommission eingebrachten Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Reichsstempelgesetzes. (Danach soll der Steuersatz auf inländische Aktien von 1 pZt. auf 1½ pZt., der auf ausländische Aktien, von 1½ auf 2 Zt., der auf ausländische Renten und Schuldverschreibungen von 6 vom Tausend auf 8 vom Tausend erhöht werden. Ferner wird eine Steuer auf Kuxe (Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke), Konnossemente (Schiffsfrachturkunden), Schifffahrtskarten eingeführt und die Steuer auf Lotterieloose verdoppelt.

Damit verbunden wird die erste Berathung des vom Abg. Bassermann (NL.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Zolltarifs (Erhöhung des Zolls auf ausländische Schaumweine und Liqueure.)

Müller-Fulda (Z.): Die Wege, welche die verbündeten Regierungen in der Deckungsfrage zum Flottengesetz eingeschlagen haben, erscheinen uns nicht angebracht. Wir schlagen dafür Steuern vor, die entweder Luxussteuern sind, oder aber die Seefahrtsinteressenten treffen, die von der Flotte Vortheile haben. Ich bitte Sie, unsern Antrag anzunehmen.

Bassermann (NL): Unser Antrag soll wie der des Abg. Müller-Fulda zur Deckung der Kosten der Flotte einen Beitrag erzielen, der sich auf einige Millionen belaufen wird. Zu erwägen wäre vielleicht später auch eine Steuer auf inländische Weine, auf ausländische Zigarren und Zigaretten.

Rickert (FVg.): Nach unserer Ansicht wäre jetzt eine günstige Gelegenheit gewesen, um die längst geplante Finanzreform in Angriff zu nehmen. Unsre Stellung zu den beiden Anträgen halte ich mir für die Kommission vor. Jedenfalls geht mir die Fruchtbarkeit des Herrn Bassermann in Bezug auf neue Steuervorschläge zu weit.

Richter (FVp.): Die Steuervorschläge, die jetzt gemacht werden, gehen so weit, daß Herr Thielmann mit Recht sagen konnte, seine größte Sorge sei, das viele Geld nun auch unterzubringen. Ich halte es für das richtigste, sich auf eine Vermögenssteuer zu beschränken, die jährlich neu festgestellt wird, die also, wenn kein Bedürfniß vorhanden ist, unerhoben bleibt. Daraus würden sich, wenn man nur die Vermögen von über 100 000 Mk. besteuerte, jährlich 33 Millionen ergeben, und wenn sich dann aus der Verdoppelung der Lotteriestempel 20 Millionen ergeben, würde das vollkommen genügen. Der Schatzsekretär meint, 10 Millionen könne man aus den Einnahmen jährlich für die Flotte hergeben. Dann würde also für die Flotte mehr Geld da sein, als wir dazu brauchen. Was die uns unterbreiteten Vorschläge anlangt, so werden durch sie leider auch Handel und Verkehr getroffen. Jedenfalls sollten wir diese Steuern, die wir der Regierung förmlich aufdrängen, nicht für dauernd, sondern nur für einige Jahre ihr zur Verfügung stellen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Frhr. v Thielmann bemerkt, das einfachste wäre, im Gesetze selbst einen Paragraphen einzufügen, der die Verwendungsart überschüssiger Gelder vorschreibt.

Bebel (SD.): Im § 8 des Flottengesetzes von 1898 ist ausgesprochen, daß, wenn die vorhandenen Einnahmen nicht reichen sollten, die Mehrheit des Reichstags nicht geneigt sein würde, die Mehrkosten durch Besteuerung von Artikeln, die zum Massenverbrauch dienen, aufzubringen. Die Regierung hätte also schon in dem Augenblick, wo sie die Vorlage einbrachte, für die Deckung der Kosten sorgen müssen. Da dies nicht geschah, mußten die Mehrheitsparteien geeignete Wege zur Kostendeckung vorschlagen. Das ist nun geschehen, aber wir haben gar keine Unterlagen für die Berechnungen dieser Steuervorlagen. Es ist auch unmöglich gewesen in der kurzen Zeit, seitdem diese Vorschläge vorliegen, dazu Stellung zu nehmen. Einige der Steuern rufen gewaltige Bedenken hervor, vor allem die Steuern auf Schiffskonossemente und die Abgaben für Schifffahrtskarten. Vielleicht äußert sich der Vertreter für Hamburg, wie sich seine Regierung zu dieser Steuer stellt. 1898 war man nicht geneigt, Handel und Verkehr mit neuen indirekten Steuern zu belasten. Man dachte an eine direkte Reichsbesteuerung. Aber der Vorschlag auf eine Reichserbschaftssteuer ist vollkommen in den Hintergrund getreten. Der einzig richtige und gerechte Weg wäre eine Einkommen- und Vermögenssteuer vereinigt; sie würde die Flotteninteressenten ungleich höher und gerechter besteuern, als die vorgeschlagenen Steuern. Die Annahme des Herrn Richter, daß bei Annahme der vorliegenden Anträge das Reichsschatzamt einen Ueberfluß an Mitteln haben wird, ist unzweifelhaft richtig. Deshalb muß zur Flottendeckung ein bestimmter Betrag festgesetzt und der Ueberschuß verwandt werden, um Salzsteuer und Petroleumzölle zu beseitigen. Wir sind aber auch gegen die Besteuerung der Lotterie, weil dadurch der Anschein erweckt wird, als sei das Lotteriespiel eine ganz legitime Beschäftigung. Wir haben also ganz erhebliche Bedenken gegen diese Steuervorschläge und werden sie auf das Entschiedenste bekämpfen. Sie entsprechen auch nicht den Wünschen des Volkes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Graf zu Stolberg-Wernigerode (K.): Wir haben ursprünglich auf dem Standpunkte gestanden, daß die Entscheidung über die Flottenvorlage von der Lösung der Deckungsfrage nicht abhängig gemacht werden dürfe. Um das Zustandekommen der Flottenvorlage nicht zu gefährden, mußten wir den entgegengesetzten Standpunkt des Centrums annehmen. Den heute vorliegenden Anträgen stehen wir im Ganzen sympathisch gegenüber. Eine Saccharinsteuer ist in den Anträgen nicht enthalten. Wir werden vielleicht in einer Resolution den Wunsch auf Vorlegung einer solchen Resolution aussprechen. Herr Bebel hat Recht, wir sind prinzipielle Gegner jeder direkten Steuer. Denn jede direkte Steuer beschwert den Grundbesitz, und der Grundbesitz kann sich dieser Besteuerung nicht entziehen, wie andere Vermögensarten. Andererseits müßten wir bei Erhebung direkter Reichssteuern stark zentralisiren, und das würde nur das Mißtrauen und die Mißgunst der Einzelstaaten wecken.

Werner (Antis.): Wir haben von vornherein erklärt, daß die Kosten der Flotte die reichen Leute zu tragen haben. Eine stärkere Heranziehung der Börse ist deshalb dringend geboten, und wir begrüßen den Antrag Müller-Fulda als einen Schritt nach vorn auf diesem Wege. Der Mittelstand kann jedenfalls größere Lasten nicht tragen.

Dr. Hahn (B. d. L.): Die heutige Berathung wird wesentlich zur Förderung der Flottenvorlage beitragen, denn so lange die Deckungsfrage nicht gelöst ist, kann man sich doch der Befürchtung nicht ganz verschließen, daß unter der Vermehrung der Flotte unter Umständen einmal unsere Macht zu Lande leiden könnte. Unter allen Umständen ist aber das Landheer wichtiger als die Flotte. Redner bedauert, daß die Verstaatlichung der Reichsbank abgelehnt worden ist. Im Antrage Müller-Fulda scheint eine Erhöhung der Steuersätze im Sinne einer stärkeren Belastung der auswärtigen Papiere nothwendig.. Herr Thielmann hat zwar eine Saccharinsteuer in Aussicht gestellt, aber die Beschlüsse des Reichstags wiegen für mich in solchen Fragen schwerer, als solche Versprechungen. Ich bitte die Regierung im Interesse ihrer eigenen Politik die Erklärung abzugeben, daß sie im Sinne Bismarckscher Heimathspolitik wirken will.

v. Kardorff (RP.): Im Kriegsfall würde uns die Flotte 100000 Mann ersparen, die wir sonst zum Küstenschutz verwenden müßten. Die Deckungsfrage ist in glücklichster Weise gelöst worden. Die einzigen Bedenken sind die wegen Vermehrung des Arbeitermangels; sie müßten durch vermehrte Zulassung von Ausländern beseitigt werden.

Dr. Hahn (B. d. L.): Bei der Bewilligung von Ausgaben für die Flotte müssen wir auf die spätere Vermehrung des Heeres Bedacht nehmen. Die Weltmachtspolitik darf nicht auf Kosten der Heimathspolitik getrieben werden. Bismarck wußte mit seiner Politik weit besser für unsere überseeischen Interessen zu sorgen als wir es mit der allergrößten Flotte thun. Wir müssen eine Regierung haben, die eine schneidige auswärtige Politik treibt.

Damit schließt die Diskussion.

Die beiden Anträge werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei der Budgetkommission überwiesen.

Hierauf beginnt die zweite Berathung des Entwurfs über die Abänderung der Unfallversicherung mit dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz.

§ 1 der Regierungsvorlage lautet:

Alle Arbeiter und Betriebsbeamte, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt zweitausend Mark nicht übersteigt, werden nach Maßgabe dieses Gesetzes gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle versichert, wenn sie beschäftigt sind:

1. In Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüchen, Gräbereien (Gruben), auf Werften und Bauhöfen, sowie in Fabriken, gewerblichen Brauereien und Hüttenwerken;
2. in Gewerbebetrieben, welche sich auf die Ausführung von Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker- oder sonstigen durch Beschluß des Bundesraths für versicherungspflichtig erklärten Bauarbeiten, oder von Steinhauer-, Schlosser-, Schmiede- oder Brunnenarbeiten erstrecken, sowie im Schornsteinfeger-, Fensterputzer- und Fleischergewerbe;
3. im gesammten Betriebe der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen sowie in Betrieben der Marine- und Heeresverwaltungen, und zwar einschließlich der Bauten, welche von diesen Verwaltungen für eigene Rechnung ausgeführt werden;
4. im gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschifffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetriebe, im Gewerbe des Schiffsziehens (Treidelei) sowie im Baggereibetriebe;
5. im gewerbsmäßigen Speditions-, Speicher-, Lagerei- und Kellereibetriebe;
6. im Gewerbebetriebe der Güterpacker, Güterlader, Schaffer, Bracker, Wäger, Messer, Schauer und Stauer;
7. in dem mit einem Handelsgewerbe verbundenen Fuhrwerks-, Lagerungs- oder Holzfällungsbetriebe, sofern der Inhaber im Handelsregister eingetragen steht.

Für Betriebe, welche mit besonderer Unfallgefahr für die darin beschäftigten Personen nicht verknüpft sind, kann durch Beschluß des Bundesraths die Versicherungspflicht ausgeschlossen werden.

In diesem § 1 beantragt die Kommission folgende Abänderungen vorzunehmen: Zunächst soll im ersten Absatz statt „2000 Mark nicht übersteigt“ gesetzt werden: „3000 Mark nicht übersteigt“.

Ferner soll Nr. 7 folgende Fassung bekommen: „in dem mit einem Handelsgewerbe verbundenen Fuhrwerks-, Lagerungs- oder Holzfällungsbetriebe, sofern der Inhaber im Handelsregister eingetragen steht.“

Die Abgg. Albrecht und Gen. (SD.) beantragen folgende Abänderungen:

a) den Absatz 1 zu fassen, wie folgt: „Personen, welche als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge oder Gesinde gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden, werden gegen die Folgen der Unfälle, welche sich ereignen:

1. bei dem Betriebe oder auf dem Wege von oder nach der Arbeitsstätte,
2. bei häuslichen oder anderen Diensten, zu denen sie von ihren Arbeitgebern oder von deren Beauftragten herangezogen werden,

versichert.

b) folgenden Absatz hinzuzufügen:

Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes ist Derjenige, der vertraglich verpflichtet ist, einen Theil seiner geistigen oder körperlichen Arbeit für ein wirthschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines anderen gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden; die Lohnform (Zeitlohn, Stücklohn, Akkordlohn, Werklohn, Geldlohn, Naturalbezüge, freie Wohnung, Kost, Feuerung u. s. w.) ist für den Begriff „Arbeiter“ unerheblich.

Zu den Arbeitern im Sinne dieses Gesetzes werden auch gerechnet:

1. Lehrlinge,

2. diejenigen Personen, welche gemeinschaftlich die Ausführung einer Arbeit für das Gewerbe, die Wirthschaft und die Hausgemeinschaft eines anderen übernommen haben,

3. diejenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hülfsstoffe selbst beschaffen.

Molkenbuhr (SD.): Durch die Fassung der Vorlage wird ein großer Theil der Arbeiter von der Versicherung nicht getroffen. Dienstboten, Arbeiter, die bei Handwerkern, die in Wirthschaften thätig sind, werden z. B. nicht getroffen. Unser Antrag will, daß sämmtliche Arbeiter der Unfallversicherung unterworfen werden und gleichzeitig die sehr nöthige Definition des Begriffes „Arbeiter" in das Gesetz aufgenommen wird. Der Glaube, den Ausländer hegen, daß alle deutschen Arbeiter versichert sind, muß endlich zur Wirklichkeit werden. Die Cigarettenhausarbeiter, um ein Beispiel anzuführen, sind nach diesem Gesetz Arbeitgeber, nach dem Invalidengesetz sind sie Arbeiter. Es ist Zeit, daß diese Widersprüche aus der Gesetzgebung ausgemerzt werden.

Geheimrath Caspar bittet um Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge. Eine Erweiterung des Kreises der Unfallversicherten sei nöthig, aber nicht in dem Umfange, wie ihn der Antrag Albrecht vorschlägt. Nach der Praxis des Reichsversicherungsamtes sei es niemals zweifelhaft, ob jemand als Arbeiter oder Unternehmer betrachtet wird.

Fischbeck (FVp.): Wir stellen uns auf den gegebenen Boden der Vorlage, die unstreitbar eine bedeutende Verbesserung des heutigen Zustandes bringt. Wir werden die Anträge der Sozialdemokraten ablehnen, deren Annahme die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission bedeuten würde. Wie soll denn eigentlich die geforderte Ausdehnung der Versicherung gemacht werden? Wollen Sie vielleicht gar eine Berufsgenossenschaft von Leuten bilden, die sich Hauslehrer halten? Ich bitte um Ablehnung der Anträge Albrecht.

Frhr. v. Richthofen (K.) bittet gleichfalls um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, dessen Annahme das ganze Gesetz zu Fall bringen würde.

Rosenow (SD.): Ich bedaure vor allem, daß die Versicherungspflicht nicht auf das Handelsgewerbe ausgedehnt worden ist. Das ist nur aus der allgemeinen Abneigung der Regierung gegen durchgreifende sozialreformerische Maßnahmen zu erklären. Es besteht die Ansicht, als ob im Handelsbetriebe die Unfallmöglichkeit nicht in dem Maße besteht, wie in anderen Berufen. Thatsache ist aber, daß mit der Vergrößerung der Handelsbetriebe sich auch die Unfälle gesteigert haben. Die Unfälle ereignen sich besonders beim Transporte der Waaren, namentlich infolge der gesteigerten Anwendung des Fahrstuhls. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe ist somit eine sozialpolitische Nothwendigkeit. (Bravo! bei den SD.)

Stadthagen (SD.): Herr Fischbeck muß sich von dem Gedanken befreien, daß die Berufsgenossenschaften die einzig mögliche Form der Organisation sei. Auch vom Reichsamt des Innern ist anerkannt worden, daß eine durchgreifende Unfallversicherung nur gelöst werden könnte im Rahmen von Reichswegen geschaffenen Reichsversicherungsanstalten. Es kann sich bei der Opposition gegen unseren Antrag lediglich darum handeln, ob die Personen, die wir in den Kreis der Versicherten einbeziehen wollen, die Versicherung nöthig haben. Ich habe mich gewundert, daß Herr v. Richthofen nicht dafür eingetreten ist, die kleinen Handwerker mit in die Versicherung einzubeziehen. Das ist eine alte Forderung der Innungen. Die Herren fürchten aber eine Gefährdung des gegenwärtigen Bestandes der Berufsgenossenschaften. Wir wünschen eine Ausdehnung der Versicherung auf Nachtwächter, Krankenwärter, Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr u. s. w. Alle diese Leute dürfen doch nicht nur deshalb der Versicherungspflicht ganz verlustig gehen, weil für diese Berufe keine Organisationen in Berufsgenossenschaften vorhanden sind. Die Kommission von 1897 ist ja auch viel weiter gegangen. Die Mehrheit der diesmaligen Kommission hat sich aber leider ganz von den Berufsgenossenschaften leiten lassen. Ich hoffe, der Reichstag wird sich diesmal sein Selbstbestimmungsrecht wahren und sich nicht sein Verhalten vom Bund der Landwirthe diktiren lassen, der gegen jede Verbesserung des Gesetzes zu Gunsten der Arbeiter eintreten wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine merkwürdige Judikatur des Reichsgerichts hat die Kolonnenarbeiter als kleine Unternehmer bezeichnet. Ich kann nicht wünschen, daß der Reichstag sich dieser Auffassung anschließt. Wir haben uns bemüht, eine Definition des Begriffs Arbeiter zu geben. Sollten Vereinbarungen getroffen sein, unsere Verbesserungsanträge niederzustimmen, dann braucht sich die Mehrheit nicht zu wundern, wenn das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Franken (NL.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Damit schließt die Diskussion.

§ 1 wird in der Kommissionsfassung unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags angenommen.

Desgleichen die §§ 1 a, 1 b, 1 c und 2.

Zu § 3, der festsetzt, daß als Gehalt oder Lohn auch Tantièmen oder Naturalbezüge gelten können, beantragen die Abgeordneten

Albrecht und Gen. (SD.) folgende Zufügung: „Als Arbeiter bezw. Betriebsbeamte im Sinne des Gesetzes sind auch Lehrlinge, Volontär, Praktikanten anzusehen.

Stadthagen (SD.) begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die schwankende Judikatur des Reichsversicherungsamtes.

Geheimrath Caspar bekämpft den Antrag, der in gewissem Zusammenhange mit den bereits abgelehnten Anträgen zu § 1 stehe und mit dem Standpunkt der Mehrheit der Kommission unverträglich sei. Die Judikatur des Reichsversicherungsamtes sei nicht schwankend.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und § 3 unverändert angenommen.

§ 5 handelt vom Gegenstande der Versicherung und dem Umfange der Entschädigung:

„Gegenstand der Versicherung ist der nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zu bemessende Ersatz des Schadens, welcher durch Körperverletzung oder Tödtung entsteht.

Dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen steht ein Anspruch nicht zu, wenn er den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Der Anspruch kann ganz oder theilweise abgelehnt werden, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urtheil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen hat. In Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Verletzte im Inlande wohnende Angehörige hat, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, ganz oder theilweise den Angehörigen überwiesen werden.

Die Ablehnung kann auch ohne daß die vorgesehene Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil stattgefunden hat, erfolgen, falls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betreffenden oder aus einem andern in seiner Person liegenden Grunde nicht erfolgen kann.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (SD.) Absatz 1 zu fassen wie folgt:

„Gegenstand der Versicherung ist der Schaden, welcher durch den Betriebsunfall entsteht. Die Höhe des Schadens ist nach den Vorschriften der §§ 249, 252, 842 bis 845, 847 des Bürgerlichen Gesetzbuches festzusetzen." Ferner beantragen sie im Absatz 2 nur den ersten Satz stehen zu lassen und Absatz 3 ganz zu streichen.

Stadthagen (SD.) bezeichnet den Paragraphen als den wichtigsten des ganzen Gesetzes. Der Paragraph statuirt ein Ausnahmerecht für den Arbeiter. Während nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches jeder andere seinen Schaden voll ersetzt bekommt, erhält der Arbeiter im günstigsten Falle eine Rente von noch nicht zwei Dritteln des wirklichen Schadens.

Geh. Rath Caspar bittet, die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen. Die Schadensersatzpflicht der Unternehmer geht weiter als die des Bürgerl. Gesetzbuches, denn er muß auch zahlen bei Unfällen, die auf eignes Verschulden des Arbeiters zurückzuführen sind. Diese Unfälle betragen 30 pCt. aller Unfälle.

Molkenbuhr (SD.): Wo absichtlich ein Unfall herbeigeführt wird, wird keine Rente bezahlt, sondern nur da, wo Unfälle, objektiv gesprochen, hätten vermieden werden können. Die meisten Unfälle, wo ein Verschulden des Arbeiters festgestellt wird, sind auf Ueberanstrengung wegen zu langer Arbeitszeit zurückzuführen. Von einem Ausnahmerecht zu Gunsten der Arbeiter kann also wirklich keine Rede sein. Es sind oft Fälle vorgekommen, wo den Arbeitern Renten entzogen worden sind, die eigentlich nach Recht und Menschlichkeit hätten bezahlt werden müssen.

Darauf werden die Anträge Albrecht u. Gen. (SD.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. § 5 wird in der Kommissionsfassung unverändert angenommen.

Hierauf wird die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Der Präsident theilt noch mit, daß er den Mitgliedern des Reichstags vom Berliner Polizeipräsidenten während der bevorstehenden Festtage freie Passage in den abgesperrten Straßentheilen erwirkt habe. (Bravo!)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Drei erledigte Reichstagsmandate sind das Resultat der Sitzung des Reichstages vom Dienstag. Neuwahlen haben stattzufinden in den Wahlbezirken 8. Potsdam, 11. Hannover, 10. Breslau. Im Wahlbezirk 8 Potsdam (Westhavelland-Brandenburg) hatte bei der Hauptwahl am 16. Juni 1898 der Konservative Loebell 7275, Genosse Peus 9263 Stimmen erhalten; 4002 Stimmen waren auf den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei entfallen. In der Stichwahl brachte es v. Loebell leider mit freisinniger Hülfe auf 10 708 Stimmen, während der Sozialdemokrat mit 10 542 Stimmen unterlag. — Im 11. hannoverschen Wahlkreise (Northeim-Einbeck) war das Resultat der Hauptwahl folgendes: Nationalliberale 3629, freisinnige Volkspartei 431, Sozialdemokraten (Fischer-Hamburg) 4159, Bund der Landwirthe 4107. In der Stichwahl schlug der Agrarier Harriehausen mit nationalliberaler Hülfe den Sozialdemokraten; Harriehausen erreichte 8266, sein Gegner 6261 Stimmen. — Im Waldenburger Wahlkreise (10. Breslau) endlich, wo sich bei der Hauptwahl fünf Kandidaten gegenüberstanden, ergab sich nachstehendes Stimmenverhältniß: Reichspartei 7218, Nationalliberale 2547, freisinnige Volkspartei 3037, Zentrum 1300, Sozialdemokraten 11 403. Bei der Stichwahl vereinigte der Reichsparteiler mit Hülfe anderer „Ordnungsparteien" 13 007 Stimmen auf sich, Genosse Sachse schlug ihn mit 13 043 Stimmen.

Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter. Die Abgeordneten von Mendel-Steinfels und Genossen haben im preußischen Abgeordnetenhause folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, noch in dieser Session, entsprechend den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vom 1. Mai 1899 und der Ankündigung des Herrn Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten am 25. Januar d. J. einen Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter sowie gegen die Verleitung zu demselben einzubringen.

Die Herren Agrarier haben es eilig, sich die Belohnung für ihre Zustimmung zum Flottengesetz auszubitten. Die Session soll so bald als möglich geschlossen werden, aber wenn es gilt, die Arbeiter zu knechten, werden die Grundherren gern noch einige Tage länger das Berliner Pflaster treten. Allzuviel Mühe wird ihnen ja die Durchdrückung eines solchen Gesetzes nicht machen, da sie wissen, was sie wollen, und der Entschlossenheit, den Willen durchzusetzen, nicht ermangeln. Also nur frisch an's Werk, Herr von Hammerstein! — Selbstverständlich wird das zu schaffende neue Ausnahmerecht die Landflucht der ländlichen Arbeiter nur noch steigern; aber was schadet das? Die Agrarier wollen ihren Willen haben und damit basta!

Eine „Ritualmord-Interpellation". Es ist bekannt, daß es keine, noch so rückständige, an das graue Mittelalter erinnernde Anschauung giebt, die nicht im preußischen Herrenhause ihre Vertretung findet und darum überrascht es auch nicht, wenn sich Herr v. Hoch berg-Lottin an die Staatsregierung mit folgender Interpellation wenden will:

„Welche Schritte gedenkt die königliche Staatsregierung zu thun, um weiten Kreisen der christlichen Bevölkerung die Gewißheit zu verschaffen, daß die in den letzten Jahren vorgekommenen unaufgeklärten Morde an christlichen Jünglingen und Jungfrauen nicht von den Juden begangene sogenannte Ritualmorde sind?"

Die Frage lautet sehr naiv und könnte den Anschein erwecken, daß der Interpellant sich von dem Glauben an den sog. Ritualmord selber frei fühlt. Aus der Begründung geht aber hervor, daß er ein waschechter Antisemit ist, der die „Staatsbürgerztg." mit gutem Erfolge aufmerksam gelesen hat. Es heißt darin:

„Der bisher unaufgeklärte Mord des Gymnasiasten Winter in Konitz hat die Bevölkerung großer Theile Westpreußens und Hinterpommerns umsomehr in berechtigtste Aufregung versetzt, als der Befund der Leichentheile ebenso wie die ungesühnt gebliebenen Morde in Sturz und Xanten auf eine besondere Verwendung des menschlichen Blutes schließen läßt. Da nun in weiten Volkskreisen der Glaube vorherrscht, daß die jüdischen Geheimschriften die Verwendung von Christenblut für rituelle Zwecke gebieten, außerdem zufällig bei diesen Morden wie auch bei denen in Böhmen und Tisla-Eslar die ersten Spuren der Thäterschaft, welche indeß im Laufe der gerichtlichen Verhandlungen immer verwischt wurden, auf jüdische Thäter deuteten, so erscheint es allein im Interesse der jüdischen Bevölkerung geboten, daß durch eine authentische Uebersetzung aller jüdischen Geheimschriften der Nachweis geführt wird, daß diese Schriften keinen Anhalt für den Volksglauben bieten. Dem Interpellanten liegt nicht nur daran, endlich Klarheit über die Motive zu diesem mysteriösen Morde zu schaffen, sondern er möchte auch hauptsächlich die christliche Bevölkerung darüber beruhigen, daß seitens ihrer berufenen Vertreter Alles geschehen wird, um eine Verdunkelung des Thatbestandes zu verhindern. Die Bevölkerung wird durch diese Gewißheit hoffentlich abgehalten werden, sich durch Provokationen seitens der Juden zu Gewaltthätigkeiten hinreißen zu lassen, die schließlich nur den Juden nützen und die Aufmerksamkeit der staatlichen Organe von der dieser Erregung zu Grunde liegenden scheußlichen Mordthat abzulenken geeignet erscheinen. Ist es doch durch die Unruhen in unseren Nachbarstädten schon so weit gekommen, daß der Herr Minister des Innern die Hauptaufgabe der Polizeiorgane zunächst in der Unterdrückung des überschäumenden Unwillens einer erregten Bevölkerung sieht. Möge sich die christliche Bevölkerung daher einer so tiefernsten Sache würdigen Zurückhaltung befleißigen!"

Die Frage, wie sie von dem Interpellanten gestellt wird, ist, gelinde gesagt, albern. Von der Regierung zu verlangen, daß sie alle Narren von der Narrheit ihrer vorgefaßten Meinungen heilen soll, geht über ihre Aufgabe und ihre Kraft. Wenn das Verlangen der Interpellation erfüllt und alle jüdischen „Geheimschriften", soviel deren nur aufzutreiben sind, übersetzt würden, die Antisemiten würden unentwegt fortfahren, das Blutmärchen zu behaupten und zu verbreiten, vielleicht mit der neuen Version, daß der Blutritus in noch unbekannten Geheimschriften oder durch mündliche Ueberlieferungen unter den Juden gelehrt wird. Das Verlangen ist schon einmal im Herrenhause gestellt, von der Regierung aber abgewiesen worden. Nehmen wir aber an, die Regierung ginge jetzt auf das Ansinnen ein — was könnte die Zusicherung eines Unternehmens, das Jahre dauern würde, zur Aufklärung der Konitzer Mordthat beitragen? Nichts, aber auch garnichts, wohl aber würde sie bei den Antisemiten erst recht den Glauben stärken, daß das Blutmärchen Wahrheit sei und der Gymnasiast Winter jüdischen Blutrinkern zum Opfer gefallen sei. Daß die Regierung, was an ihr liegt, thut und thun will, um die volle Wahrheit zu finden, hat sie durch die Aussetzung einer Belohnung bewiesen, wie sie in dieser Höhe (20000 Mark) noch niemals bei ähnlichen Gelegenheiten bewilligt worden ist. Das könnte doch wohl auch den Antisemiten genügen.

Die Kommission zur Berathung der Seemannsordnung konnte ihre Sitzung am Freitag erst eine Stunde nach der festgesetzten Zeit beginnen, da sie so lange beschlußunfähig war. Die Verhandlung wurde beim § 5 fortgesetzt. Die Sozialdemokraten beantragten, das darin enthaltene Verbot der Anstellung von Deutschen vor dem vollendeten 14. Lebensjahr zu Schiffsdiensten auch auf Ausländer auszudehnen. Infolge lebhaften Widerspruchs der Regierung und der übrigen Kommissionsmitglieder wurde der Antrag gegen zwei Stimmen abgelehnt. Es werden also Chinesen- und Negerkinder zum Schiffsdienste herangezogen werden dürfen. Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag wollte nur Leute zum Schiffsdienst zulassen, die nach ärztlicher Untersuchung gesund befunden worden sind. Auch dieser Antrag wurde von den Vertretern der Regierung bekämpft, während diesmal die bürgerlichen Parteien den Grundgedanken für diskutabel erklärten, aber meinten, daß die Frage durch Verordnung leicht zu regeln sei. Der Antrag wurde infolgedessen ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Schrader angenommen, nach welchem der Bundesrath Bestimmungen über die Bedingungen zu erlassen hat, die an den körperlichen Zustand der Schiffsleute zu stellen sind. Der § 6 wurde in der Fassung der Regierungsvorlage debattelos genehmigt. — Am Dienstag, wo die Berathung fortgesetzt wurde, erledigte die Kommission den ganzen, die Seefahrtsbücher und Musterung betreffenden zweiten Abschnitt bis zum § 24 mit Ausschluß derjenigen Paragraphen, in denen von besonderen Verabredungen oder freien Vereinbarungen die Rede ist. Die Diskussion und Abstimmung über diese Paragraphen wurde vorläufig abgesetzt. Zu § 9 wurde ein Antrag angenommen, wonach das Seefahrtsbuch einen Vermerk über die Invalidenversicherung enthalten muß und zu § 10 ein Antrag, welcher es nicht nur dem Schiffsmann, sondern auch dem Schiffer zur Pflicht macht, bei der Musterung zu erscheinen, wenn nicht ein unabwendbares Hinderniß dies unmöglich macht. Die behandelten Paragraphen wurden sonst in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. In der Sitzung am Mittwoch sollte eine Generaldebatte über die Frage der Zulassung besonderer Verabredungen stattfinden.

Kleine politische Nachrichten. Im Auftrag des Kaisers hat Herr v. Lucanus den evangelischen Arbeitervereinen seine Freude aussprechen lassen, daß sie „in verständnißvoller Würdigung der auch für das Wohl der deutschen Arbeiterschaft so bedeutungsvollen Verstärkung der deutschen Flotte dem Deutschen Flottenverein beigetreten sind". Diese evangelischen Gewerkschaften, von deren Führern so oft der „unpolitische" Charakter der Gewerkschaften verlangt wird, treiben also selbst ganz ungenirt Politik, wenn auch eine reaktionäre, arbeiterfeindliche Politik. — Die Reichstagskommission zur Berathung des Gesetzentwurfs betr. Postdampferverbindungen mit Afrika nahm den grundlegenden § 1 der Vorlage gegen 2 Stimmen an. Der Antrag des Abg. Oertel (B. d. L.), die Linien „auf dem Wege der engeren Submission" zu vergeben, wurde abgelehnt, ein weiterer Antrag Oertel, der die Betheiligung von Gesellschaften mit etwaigem ausländischen Kapital gesetzlich fernhalten will, zurückgezogen. — Der in unserem Blatte dieser Tage erwähnte Hauptmann Kannenberg, der sich in Berlin in Untersuchung befindet, ist der eine der beiden Kolonialoffiziere, wegen deren Bebel in der Sitzung des Reichstags am 13. Februar den Kolonialdirektor v. Buchka interpellirte, ohne genügende Auskunft zu erhalten. Hauptmann Kannenberg war Stationschef in Ostafrika und soll, nach Informationen des „Vorwärts", als er Nachts durch das Schreien eines Negerkindes gestört wurde, aus dem Hause gesprungen sein und sowohl das Kind wie die Mutter erschossen haben. Der zweite der Kolonialoffiziere, die in Berlin in Untersuchung sich befinden, ist der Hauptmann Wegener, der in Westafrika stationirt war. Auch ihm sollen Gewaltthätigkeiten gegen Eingeborene zur Last gelegt werden. Will das Koloniolamt sich nicht näher darüber auslassen? — Zur lex Heinze hat die zweite badische

Kammer am Mittwoch einen Antrag Muser, im Falle der Annahme der §§ 184 a und b der „lex Heinze" im Reichstage den badischen Bundesrathsbevollmächtigten die Weisung zu ertheilen, gegen die Paragraphen zu stimmen, mit 28 gegen 18 Stimmen angenommen. — Die Flottenvorlage wird von einzelnen Lotteriekollekteuren zum Gegenstand einer umfassenden „Agitation" gemacht. Zahllose Berliner erhielten, so wird uns mitgetheilt, in diesen Tagen ein Schreiben, das in fetter Schrift den Vermerk trug: „Zur Flottenvermehrung." Der Inhalt des Briefes ist nichts als ein Lotterieprospekt, der zur flotten Vermehrung des Vermögens des Adressaten auffordert. Man muß es nur versteh'n! — Ueber eine neue Meuterei im Kongostaat wird nach Brüssel vom Kongo gemeldet: Unter den Arbeitern des Forts Shinkakassa brach am 17. April eine Meuterei aus. Die Meuterer, sämmtlich aus der Landschaft Manyema und vom Tanganika-See stammend, bemächtigten sich der Munitions-Magazine und gaben bis zum Abend des nächsten Tages Gewehrschüsse ab, ohne jedoch weiteren Schaden anzurichten. Truppen von Boma griffen das Fort an und nahmen es am 19. Abends. Vierzig der Aufständischen entkamen, werden jedoch verfolgt. Man hofft, sie auf dem Wege nach Isangila einzuholen. Die Arbeit ist im Fort wieder aufgenommen. Bei Ausbruch der Meuterei ist ein Arbeiter spanischer Nationalität getödtet worden. — Ein furchtbares Grubenunglück hat sich in Schofield (Utah, Vereinigte Staaten) ereignet. Wie gemeldet wird, haben über 200 Menschen das Leben eingebüßt. Das Unglück wird auf die Explosion einer Anzahl von Pulverfässern zurückgeführt. 137 Leichen sind bereits geborgen.

Belgien.

Eine großartige Kundgebung der belgischen Arbeiterschaft für eine ausreichende staatliche Altersversicherung fand am Sonntag in Brüssel statt. Aus allen Theilen des Landes waren Extrazüge eingetroffen. Die Zahl der Demonstranten wird in bürgerlichen Blättern sogar auf 60 000 geschätzt. Kein Zwischenfall trat ein. Vor dem Volkshause wurde den dort versammelten sozialistischen Deputirten eine Huldigung dargebracht. Der älteste Arbeiter, Genosse Bostien und Furnemont hielten zündende Ansprachen. Der Letztere erklärte, daß die sozialistischen Volksvertreter nicht eher ruhen würden, als bis allen Arbeitern in Stadt und Land ein friedliches Greisenalter gesichert sei. Unter großer Begeisterung löste sich der Zug auf, und Abends kehrten seine Theilnehmer in Sonderzügen nach ihrer Heimath zurück. — Ueber den Zug selbst lesen wir noch in Berliner Blättern: Voran gingen alle sozialistischen Parteiführer, Abgeordneten, Provinzialräthe, Gemeinderäthe; hinter ihnen bewegte sich ein Wald rother Banner. Nach Provinzen geordnet schritten die Arbeiter, zum Theile in Arbeitsgewändern, einher, Ostflandern mit Gent eröffnete den Zug, Brabant beschloß ihn. Auch die liberalen flandrischen Arbeitervereine mit ihren blauen Fahnen marschirten in dem Aufzuge mit. Jeder Ort des Hennegaus war vertreten. Jede Gruppe führte mächtige Schilder und Fahnen mit packenden Inschriften mit sich. So las man u. A.: „Mit 65 Jahren eine Pension von 18 Centimes — das ist die Regierungsvorlage!" (Die Sozialisten verlangen, daß die Rentenzahlung schon mit 55 Lebensjahren beginne.) „Millionen für Kasernen, Flinten und Befestigungen, keinen Pfennig für das Leben der alten Arbeiter!" „Millionen für Gefängnisse, Paläste, für den Kongo — für die alten Arbeiter nichts!"

Amerika.

Eine amerikanische lex Heinze planen die Methodisten in den Staaten Illinois und Connektikut. Die pietistischen Sektirer gehen aufs Ganze. Die in Chicago tagende Konferenz der „Methodist Church" hat eine starke Agitation entwickelt, damit das alte Verbot, welches Tanzen, Kartenspielen und Theaterbesuch bei strenger Strafe untersagt, wieder in Kraft tritt. Die Congregational Association of New England, die in Newhaven augenblicklich versammelt ist, geht sogar noch weiter und will, daß die alten Gesetze der Puritaner, nach der kleine Vergehen mit Peitschenhieben und beim dritten Rückfall mit lebenslänglichem Gefängniß bestraft werden, sofort wieder in Kraft treten sollen. Der Einfluß der beiden kirchlichen Körperschaften ist sehr groß, aber diese mittelalterlichen Forderungen werden sie doch nicht durchsetzen können. Immerhin beweisen diese Vorgänge, daß die muckerliche Reaktion in allen Landen gleich fanatisch ist. Ihr müssen in geschlossener Einigkeit die Anhänger von Aufklärung und lebensfreudiger Sittlichkeit überall entgegentreten.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Bei Tabanchu ist Montag wieder gekämpft worden. Lord Roberts meldet darüber vom Dienstag:

General Hamilton ging gestern mit der berittenen Infanterie, Divisions-General Smith-Dorrien mit seiner Brigade von Tabanchu aus in nördlicher Richtung vor. Bei Houtnek stellte sich ihm eine von Botha befehligte starke Truppenmacht entgegen, die im Laufe des Tages noch verstärkt wurde. Ich schickte Nachts General French von Tabanchu aus zur Verstärkung ab. French konnte dies thun, da die Streitkräfte der Buren in der Nähe vor Tabanchu sehr abnahmen. Heute müssen weitere Verstärkungen bei Hamilton eingetroffen sein, gestern verlor Hamilton etwa 30 Mann. — Die zur siebenten Division gehörende Brigade Maxwell besetzte gestern, ohne auf ernstlichen Widerstand zu stoßen, bei Klaksonters und Scharskraal einen Kranz Kopjes; nur die berittene Infanterie war einige Stunden lang in ein Gefecht verwickelt.

Nach einer Reutermeldung betrugen die Verluste der unter dem General Hamilton stehenden britischen Truppen: 2 Offiziere und 1 Soldat todt; 6 Offiziere und 15 Mann theils verwundet, theils vermißt. Am Dienstag wurde der Kampf am Houtnek Paß fortgesetzt. Angeblich zogen sich die Buren zurück und gaben den Paß frei. Das außengelegene englische Lager wurde von den auf den Bergen stehenden Burenabtheilungen beschossen, sodaß es an einen sicheren Platz verlegt werden muß.

Vom Kriegsschauplatz bei Blumfontein meldet man weiter, daß die englischen Positionen in der Richtung zwischen Wynburg und Tabanchu 18 000 Mann betragen, denen etwa 6000 Buren gegenüberständen. Die Buren benutzen jetzt durchweg schwarzes Pulver und wenden eine neue Taktik an. Die Buren fechten jetzt in vielmehr organisirten Formationen als früher, haben etwa 2000 Mann in der Reserve und lassen auch Kolonnen formiren. Im Osten haben sie ihre Stellungen verstärkt. Sie beschossen die englischen Positionen mit drei neuen Geschützen, angeblich aber ohne viel Erfolg.

Infolge der neuerlichen Repressalien gegen die Buren, die den Neutralitätseid gebrochen haben, werden massenhaft Vorräthe nach Blumfontein geschafft.

Bei Wepener sind, wie ein in Alival North eingetroffener Depeschenreiter mittheilt, 26 Buren gefangen genommen worden. Kommandant Olivier sei am Bein verwundet und zu seinem Nachfolger Izaak Potgieter ernannt worden.

In Mafeking ist die Nahrung der Garnison darauf reduzirt, daß sie die Ambulanz-Ochsen ißt, da die Pferde krank sind. Die Einschließung ist so eng, daß die Läufer nicht mehr hinaus- und herauskommen. Die Buren werden ringsum täglich zahlreicher.

Auf St. Helena trafen weitere 1099 Gefangene ein. Sie konnten aber nicht ausgeschifft werden, da keine Transportmittel zur Hand waren. Auf St. Helena ist auch Wassermangel eingetreten. Der Gouverneur telegraphirte daher nach Wasserwagen, mit denen das Wasser in das Lager der gefangenen Buren geschafft werden kann.

Zwölf russische Offiziere der Luftschiffer-Abtheilung, die vorher ihre Entlassung genommen haben, sollen versuchen wollen, mit 2 Ballons zu den Buren zu gelangen. Sie sollen sich bereits auf einem französischen Dampfer eingeschifft haben.

Zum Neutralitätsbruche Portugals wird aus Lissabon gemeldet: Die Deputirtenkammer verwarf am Dienstag fast einstimmig den Antrag des Deputirten Costa, an die Regierung wegen des Durchmarsches englischer Truppen durch portugiesisches Gebiet von Beira aus eine Anfrage zu richten.

Bei Armeelieferungen sind in England große Betrügereien vorgekommen. Das Unterhaus ernannte am Dienstag eine Kommission zur Untersuchung der Betrügereien, welche angeblich bei Verträgen mit dem Kriegsamte vorgekommen sind.

Die Blutspuren des Krieges. Die Verluste der Engländer im Transvaalkriege werden jetzt aus Mittheilungen der Londoner Blätter ersichtlich. Danach wären bis jetzt

getödtet	213 Offiziere	2100 Mann
an Wunden gestorben	120 „	2500 „
gefangen	173 „	4000 „
kampfunfähig nach England geschickt	360 „	6000 „
Effektiver Verlust:	866 Offiziere	14600 Mann
noch lebende Verwundete	500 Offiziere	5000 Mann
Erkrankte in Afrika verblieben	1000 „	12000 „
Also in Summa abgängig:	2366 Offiziere	31600 Mann

Das sind beträchtlich Ziffern und dennoch, wenn man nach Stichproben urtheilen darf, sind sie noch viel zu gering gegriffen. In Pretoria befinden sich bereits über 5000 Gefangene; diese unkontrollirbare Zahl ist also tendenziös verändert.

Aber es muß auch erwähnt werden, daß die durchaus englandfreundliche „Cape Times" noch ganz andere, viel schlimmere Ziffern angeben. Sie melden Verlust an Kriegsgefangenen 3000, Todte durch Krankheiten 4000, gefallen 14 450, verunglückt 100, verwundet 43 350, insgesammt 64 900 Mann. Die „Volksstem" fügt hinzu: Rechnet man noch die Verluste bei Cronje's Gefangennahme mit 4000 und bei dem Entsatz von Ladysmith mit 1700 Mann hinzu, so kommt man auf einen Verlust von zusammen 70 000 Mann. Hierzu kommen noch die von den Engländern selbst als schwer bezeichneten Verluste bei Rondevaldrift und bei Koodoosrand, wie bei der Erstürmung der Tugela-Stellungen, da die „Cape-Times"-Zahlen nur bis zur Cronje-Katastrophe reichen. Welche Zahl immer die richtige sei, jedenfalls haben die Engländer kolossale Verluste erlitten und an diesen gemessen, herzlich wenig erreicht.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 3. Mai.

Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen, Formern, Stemmern, Nietern, Bohrern, Gewindeschneidern und deren Hülfsarbeitern, Fabrikarbeitern, Fabriktischlern, Schiffsmalern, Schiffszimmerern, Schmieden, Kesselschmieden und deren Hülfsarbeitern und sonstigen auf Maschinenbauanstalten und Schiffswerften thätigen Arbeitern ist von der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und der Schiffswerft von Henry Koch streng fernzuhalten. Lübeck ist thunlichst ganz zu meiden.

Achtung, Brauubierbrauer, Kutscher, Schuhmacher! Zuzug nach Lübeck ist fernzuhalten! Die Bureaux befinden sich: Schuhmacher Lederstraße 3 bei Leeke; Brauer und Kutscher, Börtcherstraße 18, bei Boyen.

Das Gewerkschafts-Kartell hat über alle am Orte befindlichen Braunbierbrauereien den Boycott verhängt.

Arbeiter! Haltet den Zuzug Arbeitswilliger fern!

Die Bureaux der Ausgesperrten befinden sich: Former, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter bei Leeke, Schiffszimmerer, Hafenarbeiter, Metallarbeiter im Vereinshause, Schmiede, Werftarbeiter sowie alle nicht benannten kleineren Verbände bei Spahrmann.

Schmiedestreik und Aussperrung. Nach einer heute morgen von uns gemachten Aufstellung sind z. Zt. an der Aussperrung betheiligt 17 Gewerkschaften mit rund 600 Mitgliedern. Einige Hundert Unverheirathete sind bereits abgereist, heute dürfte eine große Zahl folgen. Die Maler sind sämmtlich anderweitig in Arbeit gebracht worden, kommen also nicht mehr in Betracht; im Uebrigen sind folgende Verbände betheiligt: Metallarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter (5 Zahlstellen), Former, Holzarbeiter, Schiffszimmerer (zentral), Werftarbeiter, Zimmerer, Bäcker, Tabakarbeiter, Transportarbeiter, Schmiede, Schiffszimmerer (lokal), Hirsch-Duncker'scher Verein und christlich-sozialer Arbeiterverein. — Angesichts der gesammten Lage sind alle sonstigen Differenzpunkte unter den verschiedenen Organisationen mit einem Schlage fortgefallen, und es herrscht eine Einmüthigkeit, wie sie eben stets durch ähnliche Maßnahmen der Fabrikanten erzeugt wird. Die nächsten Tage werden das Ergebniß kundthun. Soviel steht schon fest: die Aussperrung wird die den Wünschen und Hoffnungen der Unternehmer entgegengesetzte Wirkung haben.

Schwerste Strafe u. s. w. Der Hamburger Verband der Eisenindustrie schreibt seinen Mitgliedern:

„Zur gefl. Kenntnißnahme theilen wir Ihnen mit, daß die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und die Schiffswerft von Henry Koch in Lübeck wegen Streik der Schmiede ihre Betriebe vollständig geschlossen haben und bitten wir **keine von dort kommende Arbeiter einzustellen.**"

So ist's recht! Erst auf das Pflaster werfen und dann durch Uriasbriefe verfehmen. Nützen wird es freilich garnichts!

Zum Streik der Braunbierbrauereiarbeiter ist zu berichten, daß Herr Flemming gegen seinen bisherigen Kutscher auf sofortige Räumung der innegehabten Wohnung geklagt hat. Sollte, was sehr fraglich ist, die Klage für den Kutscher ungünstig verlaufen, so steht ihm sofort eine andere Wohnung zur Verfügung. Der Schlag wäre also daneben gegangen. — Der Braunbierkonsum ist in Arbeiterkreisen fast gänzlich eingestellt, die Wirkungen des Boykotts machen sich bei den Besitzern ganz außerordentlich fühlbar. Die Herren thäten im eigenen Interesse gut, den Frieden zu suchen.

Die Forderungen der Schuhmacher sind des ferneren bewilligt worden von Johannsen, Blocksquerstraße. Hoffentlich folgen bald weitere Geschäfte nach. Ausständig sind noch 3 Gehülfen, darunter 2 verheirathete mit fünf Kindern.

Eine unangenehme Ueberraschung ist nach der Meinung des hiesigen Mitarbeiters des „Hbg. Corr." die Aussperrung gewesen. Sie ist durchaus nicht überraschend gekommen. Schon vor Wochen haben wir darauf hingewiesen, daß eine weitere Ausdehnung der Betriebsruhe auf die Dauer unvermeidlich sein werde. Derselbe Berichterstatter konstatirt ein Wachsen der Zahl der durch Arbeitsruhe am 1. Mai Demonstrirenden.

Ja nicht dicke thun! Am Dienstag Abend schrieb die „E.-Z.":

„Ueber die Maifeier zu berichten, haben wir keinerlei Veranlassung. Das könnte erst dann geschehen, wenn die Sozialdemokratie sich einmal so weit gemausert haben sollte, daß sie für den Geburtstag des Kaisers und den Tag von Sedan Verständniß hat."

Als wir das lasen, lachten wir herzlich, blätterten aber auch als gewissenhafte Menschen sofort in alten Papieren. Und da fanden wir Folgendes. 1895 schrieb der „Volksb." nach der Feier:

„Die „Eisenb.-Ztg.", die nur Billard-Points zählen kann, schätzt den Zug auf **7—800** Personen."

Nach der Feier 1896 schrieb die „E.-Z.":

„Auf dem Burgfelde hatte sich heute Nachmittag eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, um dem Auszug der Arbeiter nach Israelsdorf anläßlich der Maifeier beizuwohnen. Der Zug hatte nicht den Umfang früherer Jahre. Es mögen etwa **2000** Personen daran theilgenommen haben."

Hier war also, nebenbei bemerkt, das Kopfrechnen sehr schwach, da nach Adam Riese doch 2000 mehr sind als 7—800! Endlich leistete sich das heute so schweigsame Blatt im Jahre 1897 einen gewaltigen Schimpfartikel, der von uns als Zitat gebracht, im Petitsatz nicht weniger als **34 Zeilen** ausmachte! Von der Zeit an blieb das Berichten aus, man hatte „keinerlei Veranlassung" mehr, weil man eben einsah, daß alles Schimpfen nichts fruchtete, daß man ohnmächtig war gegen die gewaltige Bewegung. Also — ja nicht dicke thun!

20 Prozent Dividende hat die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ihren Aktionären für das Jahr 1899 auskehren können. Außerdem haben Vorstand, Beamte und Aufsichtsrath **29 498 Mark** als Tantième einheimsen können. Die Arbeiter aber, welche diesen ungeheuren Mehrwerth schufen, dadurch, daß sie z. Th. sich mit miserablen Löhnen begnügen mußten, liegen heute als Ausgesperrte auf der Straße. So kämpft man in Lübeck gegen den „Umsturz"!

Der Anarchist Landauer muß den „Lüb. Anz." als Bundesgenosse gegen die Maifeier dienen. Da haben sich wieder einmal einmal zwei gesucht und gefunden, die bei einander passen.

Nationalsoziales. Im trauten Freundeskreise hat am 1. Mai das kleine Häuflein der hiesigen Naumänneken einen Vortrag des Buchdruckers und Vereinssekretärs Kuhlmann-Hamburg über „Die Gewerkschaftsfrage" angehört. Der Referent hat bei seinen Lübecker Gesinnungsgenossen anscheinend wenig Verständniß gefunden. In der „E.-Z." lesen wir nämlich:

In der Debatte wandte sich ein Redner gegen den Terrorismus der Arbeiter. Ob die Streiks nicht dennoch einen politischen Beigeschmack besäßen, vermöge er zwar nicht zu beurtheilen, es sei ihm jedoch von Personen, von denen man eine gute Kenntniß dieser Dinge erwarten dürfe, versichert worden.

Als s. Zt. der große Hafenarbeiterstreik in Hamburg tobte, befaßten die Herren der „neuen", aus Fetzen aller bestehenden zusammengeflickten Partei sich auch mit der Sache; sie zogen es aber vor, keine bestimmte Stellung einzunehmen. Gleichzeitig war nämlich der Streik der Arbeiter von Carl Thiel u. Söhne. Und die Nationalsozialen treten — örtlich — nur dann in Arbeiterfragen „energisch" auf, wenn sie sicher sind, sich nicht zu „kompromittiren". Das rechnen wir ihnen garnicht so übel an, es liegt im Wesen ihrer Partei, sie können aus ihrer Haut nicht heraus. Und die Lübecker Spezies erst recht nicht.

Zu den Arbeitern im Sinne dieses Gesetzes werden auch gerechnet:

1. Lehrlinge,

2. diejenigen Personen, welche gemeinschaftlich die Ausführung einer Arbeit für das Gewerbe, die Wirthschaft und die Hausgemeinschaft eines anderen übernommen haben,

3. diejenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hülfsstoffe selbst beschaffen.

Molkenbuhr (SD.): Durch die Fassung der Vorlage wird ein großer Theil der Arbeiter von der Versicherung nicht getroffen. Dienstboten, Arbeiter, die bei Handwerkern, die in Wirthschaften thätig sind, werden z. B. nicht getroffen. Unser Antrag will, daß sämmtliche Arbeiter der Unfallversicherung unterworfen werden und gleichzeitig die sehr nöthige Definition des Begriffes „Arbeiter" in das Gesetz aufgenommen wird. Der Glaube, den Ausländer hegen, daß alle deutschen Arbeiter versichert sind, muß endlich zur Wirklichkeit werden. Die Cigarettenhausarbeiter, um ein Beispiel anzuführen, sind nach diesem Gesetz Arbeitgeber, nach dem Invalidengesetz sind sie Arbeiter. Es ist Zeit, daß diese Widersprüche aus der Gesetzgebung ausgemerzt werden.

Geheimrath Caspar bittet um Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge. Eine Erweiterung des Kreises der Unfallversicherten sei nöthig, aber nicht in dem Umfange, wie ihn der Antrag Albrecht vorschlägt. Nach der Praxis des Reichsversicherungsamtes sei es niemals zweifelhaft, ob jemand als Arbeiter oder Unternehmer betrachtet wird.

Fischbeck (FVp.): Wir stellen uns auf den gegebenen Boden der Vorlage, die unstreitbar eine bedeutende Verbesserung des heutigen Zustandes bringt. Wir werden die Anträge der Sozialdemokraten ablehnen, deren Annahme die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission bedeuten würde. Wie soll denn eigentlich die geforderte Ausdehnung der Versicherung gemacht werden? Wollen Sie vielleicht gar eine Berufsgenossenschaft von Leuten bilden, die sich Hauslehrer halten? Ich bitte um Ablehnung der Anträge Albrecht.

Frhr. v. Richthofen (K.) bittet gleichfalls um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, dessen Annahme das ganze Gesetz zu Fall bringen würde.

Rosenow (SD.): Ich bedaure vor allem, daß die Versicherungspflicht nicht auf das Handelsgewerbe ausgedehnt worden ist. Das ist nur aus der allgemeinen Abneigung der Regierung gegen durchgreifende sozialreformerische Maßnahmen zu erklären. Es besteht die Ansicht, als ob im Handelsbetriebe die Unfallmöglichkeit nicht in dem Maße besteht, wie in anderen Berufen. Thatsache ist aber, daß mit der Vergrößerung der Handelsbetriebe sich auch die Unfälle gesteigert haben. Die Unfälle ereignen sich besonders beim Transporte der Waaren, namentlich infolge der gesteigerten Anwendung des Fahrstuhls. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe ist somit eine sozialpolitische Nothwendigkeit. (Bravo! bei den SD.)

Stadthagen (SD.): Herr Fischbeck muß sich von dem Gedanken befreien, daß die Berufsgenossenschaften die einzig mögliche Form der Organisation sei. Auch vom Reichsamt des Innern ist anerkannt worden, daß eine durchgreifende Unfallversicherung nur gelöst werden könnte im Rahmen von Reichswegen geschaffenen Reichsversicherungsanstalten. Es kann sich bei der Opposition gegen unseren Antrag lediglich darum handeln, ob die Personen, die wir in den Kreis der Versicherten einbeziehen wollen, die Versicherung nöthig haben. Ich habe mich gewundert, daß Herr v. Richthofen nicht dafür eingetreten ist, die kleinen Handwerker mit in die Versicherung einzubeziehen. Das ist eine alte Forderung der Innungen. Die Herren fürchten aber eine Gefährdung des gegenwärtigen Bestandes der Berufsgenossenschaften. Wir wünschen eine Ausdehnung der Versicherung auf Nachtwächter, Krankenwärter, Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr u. s. w. Alle diese Leute dürfen doch nicht nur deshalb der Versicherungspflicht ganz verlustig gehen, weil für diese Berufe keine Organisationen in Berufsgenossenschaften vorhanden sind. Die Kommission von 1897 ist ja auch viel weiter gegangen. Die Mehrheit der diesmaligen Kommission hat sich aber leider ganz von den Berufsgenossenschaften leiten lassen. Ich hoffe, der Reichstag wird sich diesmal sein Selbstbestimmungsrecht wahren und sich nicht sein Verhalten vom Bund der Landwirthe diktiren lassen, der gegen jede Verbesserung des Gesetzes zu Gunsten der Arbeiter eintreten wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine merkwürdige Judikatur des Reichsgerichts hat die Kolonnenarbeiter als kleine Unternehmer bezeichnet. Ich kann nicht wünschen, daß der Reichstag sich dieser Auffassung anschließt. Wir haben uns bemüht, eine Definition des Begriffs Arbeiter zu geben. Sollten Vereinbarungen getroffen sein, unsere Verbesserungsanträge niederzustimmen, dann braucht sich die Mehrheit nicht zu wundern, wenn das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Franken (NL.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Damit schließt die Diskussion.

§ 1 wird in der Kommissionsfassung unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags angenommen.

Desgleichen die §§ 1 a, 1 b, 1 c und 2.

Zu § 3, der feststellt, daß als Gehalt oder Lohn auch Tantièmen oder Naturalbezüge gelten können, beantragen die Abgeordneten

Albrecht und Gen. (SD.) folgende Zufügung: „Als Arbeiter bezw. Betriebsbeamte im Sinne des Gesetzes sind auch Lehrlinge, Volontäre, Praktikanten anzusehen.

Stadthagen (SD.) begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die schwankende Judikatur des Reichsversicherungsamtes.

Geheimrath Caspar bekämpft den Antrag, der in gewissem Zusammenhange mit den bereits abgelehnten Anträgen zu § 1 stehe und mit dem Standpunkt der Mehrheit der Kommission unverträglich sei. Die Judikatur des Reichsversicherungsamtes sei nicht schwankend.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und § 3 unverändert angenommen.

§ 5 handelt vom Gegenstande der Versicherung und dem Umfange der Entschädigung:

„Gegenstand der Versicherung ist der nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zu bemessende Ersatz des Schadens, welcher durch Körperverletzung oder Tödtung entsteht.

Dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen steht ein Anspruch nicht zu, wenn er den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Der Anspruch kann ganz oder theilweise abgelehnt werden, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urtheil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen hat. In Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Verletzte im Inlande wohnende Angehörige hat, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, ganz oder theilweise den Angehörigen überwiesen werden.

Die Ablehnung kann auch ohne daß die vorgesehene Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil stattgefunden hat, erfolgen, falls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betreffenden oder aus einem andern in seiner Person liegenden Grunde nicht erfolgen kann.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (SD.) Absatz 1 zu fassen wie folgt:

„Gegenstand der Versicherung ist der Schaden, welcher durch den Betriebsunfall entsteht. Die Höhe des Schadens ist nach den Vorschriften der §§ 249, 252, 842 bis 845, 847 des Bürgerlichen Gesetzbuches festzusetzen." Ferner beantragen sie im Absatz 2 nur den ersten Satz stehen zu lassen und Absatz 3 ganz zu streichen.

Stadthagen (SD.) bezeichnet den Paragraphen als den wichtigsten des ganzen Gesetzes. Der Paragraph statuirt ein Ausnahmerecht für den Arbeiter. Während nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches jeder andere seinen Schaden voll ersetzt bekommt, erhält der Arbeiter im günstigsten Falle eine Rente von noch nicht zwei Dritteln des wirklichen Schadens.

Geh. Rath Caspar bittet, die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen. Die Schadensersatzpflicht der Unternehmer geht weiter als die des Bürgerl. Gesetzbuches, denn er muß auch zahlen bei Unfällen, die auf eignes Verschulden des Arbeiters zurückzuführen sind. Diese Unfälle betragen 30 pCt. aller Unfälle.

Molkenbuhr (SD.): Wo absichtlich ein Unfall herbeigeführt wird, wird keine Rente bezahlt, sondern nur da, wo Unfälle, objektiv gesprochen, hätten vermieden werden können. Die meisten Unfälle, wo ein Verschulden des Arbeiters festgestellt wird, sind auf Ueberanstrengung wegen zu langer Arbeitszeit zurückzuführen. Von einem Ausnahmerecht zu Gunsten der Arbeiter kann also wirklich keine Rede sein. Es sind oft Fälle vorgekommen, wo den Arbeitern Renten entzogen worden sind, die eigentlich nach Recht und Menschlichkeit hätten bezahlt werden müssen.

Darauf werden die Anträge Albrecht u. Gen. (SD.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. § 5 wird in der Kommissionsfassung unverändert angenommen.

Hierauf wird die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Der Präsident theilt noch mit, daß er den Mitgliedern des Reichstags vom Berliner Polizeipräsidenten während der bevorstehenden Festtage freie Passage in den abgesperrten Straßentheilen erwirkt habe. (Bravo!)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Drei erledigte Reichstagsmandate sind das Resultat der Sitzung des Reichstages vom Dienstag. Neuwahlen haben stattzufinden in den Wahlbezirken 8. Potsdam, 11. Hannover, 10. Breslau. Im Wahlbezirk 8 Potsdam (Westhavelland-Brandenburg) hatte bei der Hauptwahl am 16. Juni 1898 der Konservative Loebell 7275, Genosse Peus 9263 Stimmen erhalten; 4002 Stimmen waren auf den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei entfallen. In der Stichwahl brachte es v. Loebell leider mit freisinniger Hülfe auf 10 708 Stimmen, während der Sozialdemokrat mit 10 542 Stimmen unterlag. — Im 11. hannoverschen Wahlkreise (Northeim-Einbeck) war das Resultat der Hauptwahl folgendes: Nationalliberale 3629, freisinnige Volkspartei 431, Sozialdemokraten (Fischer-Hamburg) 4159, Bund der Landwirthe 4107. In der Stichwahl schlug der Agrarier Harriehausen mit nationalliberaler Hülfe den Sozialdemokraten; Harriehausen erreichte 8266, sein Gegner 6261 Stimmen. — Im Waldenburger Wahlkreise (10. Breslau) endlich, wo sich bei der Hauptwahl fünf Kandidaten gegenüberstanden, ergab sich nachstehendes Stimmenverhältniß: Reichspartei 7218, Nationalliberale 2547, freisinnige Volkspartei 3037, Zentrum 1300, Sozialdemokraten 11 403. Bei der Stichwahl vereinigte der Reichsparteiler mit Hülfe anderer „Ordnungsparteien" 13 007 Stimmen auf sich, Genosse Sachse schlug ihn mit 13 043 Stimmen.

Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter. Die Abgeordneten von Mendel-Steinfels und Genossen haben im preußischen Abgeordnetenhause folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, noch in dieser Session, entsprechend den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vom 1. Mai 1899 und der Ankündigung des Herrn Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten am 25. Januar d. J. einen Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter sowie gegen die Verleitung zu demselben einzubringen.

Die Herren Agrarier haben es eilig, sich die Belohnung für ihre Zustimmung zum Flottengesetz auszubitten. Die Session soll so bald als möglich geschlossen werden, aber wenn es gilt, die Arbeiter zu knechten, werden die Grundherren gern noch einige Tage länger das Berliner Pflaster treten. Allzuviel Mühe wird ihnen ja die Durchdrückung eines solchen Gesetzes nicht machen, da sie wissen, was sie wollen, und der Entschlossenheit, den Willen durchzusetzen, nicht ermangeln. Also nur frisch an's Werk, Herr von Hammerstein! — Selbstverständlich wird das zu schaffende neue Ausnahmerecht die Landflucht der ländlichen Arbeiter nur noch steigern; aber was schadet das? Die Agrarier wollen ihren Willen haben und damit basta!

Eine „Ritualmord-Interpellation". Es ist bekannt, daß es keine, noch so rückständige, an das graue Mittelalter erinnernde Anschauung giebt, die nicht im preußischen Herrenhause ihre Vertretung findet und darum überrascht es auch nicht, wenn sich Herr v. Hochberg-Lottin an die Staatsregierung mit folgender Interpellation wenden will:

„Welche Schritte gedenkt die königliche Staatsregierung zu thun, um weiten Kreisen der christlichen Bevölkerung die Gewißheit zu verschaffen, daß die in den letzten Jahren vorgekommenen unaufgeklärten Morde an christlichen Jünglingen und Jungfrauen nicht von den Juden begangene sogenannte Ritualmorde sind?"

Die Frage lautet sehr naiv und könnte den Anschein erwecken, daß der Interpellant sich von dem Glauben an den sog. Ritualmord selber frei fühlt. Aus der Begründung geht aber hervor, daß er ein waschechter Antisemit ist, der die „Staatsbürgerztg." mit gutem Erfolge aufmerksam gelesen hat. Es heißt darin:

„Der bisher unaufgeklärte Mord des Gymnasiasten Winter in Konitz hat die Bevölkerung großer Theile Westpreußens und Hinterpommerns umsomehr in berechtigtigte Aufregung versetzt, als der Befund der Leichentheile ebenso wie die ungesühnt gebliebenen Morde in Skurz und Konitz auf eine besondere Verwendung des menschlichen Blutes schließen läßt. Da nun in weiten Volkskreisen der Glaube vorherrscht, daß die jüdischen Geheimschriften die Verwendung von Christenblut für rituelle Zwecke gebieten, außerdem zufällig bei diesen Morden wie auch bei denen in Böhmen und Tisla-Eßlar die ersten Spuren der Thäterschaft, welche indeß im Laufe der gerichtlichen Verhandlungen immer verwischt wurden, auf jüdische Thäter deuteten, so erscheint es allein im Interesse der jüdischen Bevölkerung geboten, daß durch eine authentische Uebersetzung aller jüdischen Geheimschriften der Nachweis geführt wird, daß diese Schriften keinen Anhalt für den Volksglauben bieten. Dem Interpellanten liegt nicht nur daran, endlich Klarheit über die Motive zu diesem mysteriösen Morde zu schaffen, sondern er möchte auch hauptsächlich die christliche Bevölkerung darüber beruhigen, daß seitens ihrer berufenen Vertreter Alles geschehen wird, um eine Verdunkelung des Thatbestandes zu verhindern. Die Bevölkerung wird durch diese Gewißheit hoffentlich abgehalten werden, sich durch Provokationen seitens der Juden zu Gewaltthätigkeiten hinreißen zu lassen, die schließlich nur den Juden nützen und die Aufmerksamkeit der staatlichen Organe von der dieser Erregung zu Grunde liegenden scheußlichen Mordthat abzulenken geeignet erscheinen. Ist es doch durch die Unruhen in unseren Nachbarstädten schon so weit gekommen, daß der Herr Minister des Innern die Hauptaufgabe der Polizeiorgane zunächst in der Unterdrückung des überschäumenden Unwillens einer erregten Bevölkerung sieht. Möge sich die christliche Bevölkerung daher einer so tiefernsten Sache würdigen Zurückhaltung befleißigen!"

Die Frage, wie sie von dem Interpellanten gestellt wird, ist, gelinde gesagt, albern. Von der Regierung zu verlangen, daß sie alle Narren von der Narrheit ihrer vorgefaßten Meinungen heilen soll, geht über ihre Aufgabe und ihre Kraft. Wenn das Verlangen der Interpellation erfüllt und alle jüdischen „Geheimschriften", soviel deren nur aufzutreiben sind, übersetzt würden, die Antisemiten würden unentwegt fortfahren, das Blutmärchen zu behaupten und zu verbreiten, vielleicht mit der neuen Version, daß der Blutritus in noch unbekannten Geheimschriften oder durch mündliche Ueberlieferungen unter den Juden gelehrt wird. Das Verlangen ist schon einmal im Herrenhause gestellt, von der Regierung aber abgewiesen worden. Nehmen wir aber an, die Regierung ginge jetzt auf das Ansinnen ein — was könnte die Zusicherung eines Unternehmens, das Jahre dauern würde, zur Aufklärung der Konitzer Mordthat beitragen? Nichts, aber auch garnichts, wohl aber würde sie bei den Antisemiten erst recht den Glauben stärken, daß das Blutmärchen Wahrheit sei und der Gymnasiast Winter jüdischen Bluttrinkern zum Opfer gefallen sei. Daß die Regierung, was an ihr liegt, thut und thun will, um die volle Wahrheit zu finden, hat sie durch die Aussetzung einer Belohnung bewiesen, wie sie in dieser Höhe (20000 Mark) noch niemals bei ähnlichen Gelegenheiten bewilligt worden ist. Das könnte doch wohl auch den Antisemiten genügen.

Die Kommission zur Berathung der Seemannsordnung konnte ihre Sitzung am Freitag erst eine Stunde nach der festgesetzten Zeit beginnen, da sie so lange beschlußunfähig war. Die Verhandlung wurde beim § 5 fortgesetzt. Die Sozialdemokraten beantragten, das darin enthaltene Verbot der Anstellung von Deutschen vor dem vollendeten 14. Lebensjahr zu Schiffsdiensten auch auf Ausländer auszudehnen. Infolge lebhaften Widerspruchs der Regierung und der übrigen Kommissionsmitglieder wurde der Antrag gegen zwei Stimmen abgelehnt. Es werden also Chinesen- und Negerkinder zum Schiffsdienste herangezogen werden dürfen. Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag wollte nur Leute zum Schiffsdienst zulassen, die nach ärztlicher Untersuchung gesund befunden worden sind. Auch dieser Antrag wurde von den Vertretern der Regierung bekämpft, während diesmal die bürgerlichen Parteien den Grundgedanken für diskutabel erklärten, aber meinten, daß die Frage durch Verordnung leicht zu regeln sei. Der Antrag wurde infolgedessen ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Schrader angenommen, nach welchem der Bundesrath Bestimmungen über die Bedingungen zu erlassen hat, die an den körperlichen Zustand der Schiffsleute zu stellen sind. Der § 6 wurde in der Fassung der Regierungsvorlage debattelos genehmigt. — Am Dienstag, wo die Berathung fortgesetzt wurde, erledigte die Kommission den ganzen, die Seefahrtsbücher und Musterung betreffenden zweiten Abschnitt bis zum § 24 mit Ausschluß derjenigen Paragraphen, in denen von besonderen Verabredungen oder freien Vereinbarungen die Rede ist. Die Diskussion und Abstimmung über diese Paragraphen wurde vorläufig abgesetzt. Zu § 9 wurde ein Antrag angenommen, wonach das Seefahrtsbuch einen Vermerk über die Invalidenversicherung enthalten muß und zu § 10 ein Antrag, welcher es nicht nur dem Schiffsmann, sondern auch dem Schiffer zur Pflicht macht, bei der Musterung zu erscheinen, wenn nicht ein unabwendbares Hinderniß dies unmöglich macht. Die behandelten Paragraphen wurden sonst in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. In der Sitzung am Mittwoch sollte eine Generaldebatte über die Frage der Zulassung besonderer Verabredungen stattfinden.

Kleine politische Nachrichten. Im Auftrag des Kaisers hat Herr v. Lucanus den evangelischen Arbeitervereinen seine Freude aussprechen lassen, daß sie „in verständnißvoller Würdigung der auch für das Wohl der deutschen Arbeiterschaft so bedeutungsvollen Verstärkung der deutschen Flotte dem Deutschen Flottenverein beigetreten sind". Diese evangelischen Gewerkschaften, von deren Führern so oft der „unpolitische" Charakter der Gewerkschaften verlangt wird, treiben also selbst ganz ungenirt Politik, wenn auch eine reaktionäre, arbeiterfeindliche Politik. — Die Reichstagskommission zur Berathung des Gesetzentwurfs betr. Postdampferverbindungen mit Afrika nahm den grundlegenden § 1 der Vorlage gegen 2 Stimmen an. Der Antrag des Abg. Oertel (B. d. L.), die Linien „auf dem Wege der engeren Submission" zu vergeben, wurde abgelehnt, ein weiterer Antrag Oertel, der die Betheiligung von Gesellschaften mit etwaigem ausländischen Kapital gesetzlich fernhalten will, zurückgezogen. — Der in unserem Blatte dieser Tage erwähnte Hauptmann Kannenberg, der sich in Berlin in Untersuchung befindet, ist der eine der beiden Kolonialoffiziere, wegen deren Bebel in der Sitzung des Reichstags am 13. Februar den Kolonialdirektor v. Buchka interpellirte, ohne genügende Auskunft zu erhalten. Hauptmann Kannenberg war Stationschef in Ostafrika und soll, nach Informationen des „Vorwärts", als er Nachts durch das Schreien eines Negerkindes gestört wurde, aus dem Hause gesprungen sein und sowohl das Kind wie die Mutter erschossen haben. Der zweite der Kolonialoffiziere, die in Berlin in Untersuchung sich befinden, ist der Hauptmann Wegener, der in Westafrika stationirt war. Auch ihm sollen Gewaltthätigkeiten gegen Eingeborene zur Last gelegt werden. Will das Koloniolamt sich nicht näher darüber auslassen? — Zur lex Heinze hat die zweite badische

Kammer am Mittwoch einen Antrag Muser, im Falle der Annahme der §§ 184 a und b der „lex Heinze" im Reichstage den badischen Bundesrathsbevollmächtigten die Weisung zu ertheilen, gegen die Paragraphen zu stimmen, mit 28 gegen 18 Stimmen angenommen. — Die Flottenvorlage wird von einzelnen Lotteriekollekteuren zum Gegenstand einer umfassenden „Agitation" gemacht. Zahllose Berliner erhielten, so wird uns mitgetheilt, in diesen Tagen ein Schreiben, das in fetter Schrift den Vermerk trug: „Zur Flottenvermehrung." Der Inhalt des Briefes ist nichts als ein Lotterieprospekt, der zur flotten Vermehrung des Vermögens des Adressaten auffordert. Man muß es nur versteh'n! — Ueber eine neue Meuterei im Kongostaat wird nach Brüssel vom Kongo gemeldet: Unter den Arbeitern des Forts Shinkakassa brach am 17. April eine Meuterei aus. Die Meuterer, sämmtlich aus der Landschaft Manyema und vom Tanganika-See stammend, bemächtigten sich der Munitions-Magazine und gaben bis zum Abend des nächsten Tages Gewehrschüsse ab, ohne jedoch weiteren Schaden anzurichten. Truppen von Boma griffen das Fort an und nahmen es am 19. Abends. Vierzig der Aufständischen entkamen, werden jedoch verfolgt. Man hofft, sie auf dem Wege nach Isangila einzuholen. Die Arbeit ist im Fort wieder aufgenommen. Bei Ausbruch der Meuterei ist ein Arbeiter spanischer Nationalität getödtet worden. — Ein furchtbares Grubenunglück hat sich in Schofield (Utah, Vereinigte Staaten) ereignet. Wie gemeldet wird, haben über 200 Menschen das Leben eingebüßt. Das Unglück wird auf die Explosion einer Anzahl von Pulverfässern zurückgeführt. 137 Leichen sind bereits geborgen.

Belgien.

Eine großartige Kundgebung der belgischen Arbeiterschaft für eine ausreichende staatliche Altersversicherung fand am Sonntag in Brüssel statt. Aus allen Theilen des Landes waren Extrazüge eingetroffen. Die Zahl der Demonstranten wird in bürgerlichen Blättern sogar auf 60 000 geschätzt. Kein Zwischenfall trat ein. Vor dem Volkshause wurde den dort versammelten sozialistischen Deputirten eine Huldigung dargebracht. Der älteste Arbeiter, Genosse Bastien und Furnemont hielten zündende Ansprachen. Der Letztere erklärte, daß die sozialistischen Volksvertreter nicht eher ruhen würden, als bis allen Arbeitern in Stadt und Land ein friedliches Greisenalter gesichert sei. Unter großer Begeisterung löste sich der Zug auf, und Abends kehrten seine Theilnehmer in Sonderzügen nach ihrer Heimath zurück. — Ueber den Zug selbst lesen wir noch in Berliner Blättern: Voran gingen alle sozialistischen Parteiführer, Abgeordneten, Provinzialräthe, Gemeinderäthe; hinter ihnen bewegte sich ein Wald rother Banner. Nach Provinzen geordnet schritten die Arbeiter, zum Theile in Arbeitsgewändern, einher, Ostflandern mit Gent eröffnete den Zug, Brabant beschloß ihn. Auch die liberalen flandrischen Arbeitervereine mit ihren blauen Fahnen marschirten in dem Aufzuge mit. Jeder Ort des Hennegaus war vertreten. Jede Gruppe führte mächtige Schilder und Fahnen mit packenden Inschriften mit sich. So las man u. A.: „Mit 65 Jahren eine Pension von 18 Centimes — das ist die Regierungsvorlage!" (Die Sozialisten verlangen, daß die Rentenzahlung schon mit 55 Lebensjahren beginne.) „Millionen für Kasernen, Flinten und Befestigungen, keinen Pfennig für das Leben der alten Arbeiter!" „Millionen für Gefängnisse, Paläste, für den Kongo — für die alten Arbeiter nichts!"

Amerika.

Eine amerikanische lex Heinze planen die Methodisten in den Staaten Illinois und Connektikut. Die pietistischen Sektirer gehen aufs Ganze. Die in Chicago tagende Konferenz der „Methodist Church" hat eine starke Agitation entwickelt, damit das alte Verbot, welches Tanzen, Kartenspielen und Theaterbesuch bei strenger Strafe untersagt, wieder in Kraft tritt. Die Congregational Association of New England, die in Newhaven augenblicklich versammelt ist, geht sogar noch weiter und will, daß die alten Gesetze der Puritaner, nach der kleine Vergehen mit Peitschenhieben und beim dritten Rückfall mit lebenslänglichem Gefängniß bestraft werden, sofort wieder in Kraft treten sollen. Der Einfluß der beiden kirchlichen Körperschaften ist sehr groß, aber diese mittelalterlichen Forderungen werden sie doch nicht durchsetzen können. Immerhin beweisen diese Vorgänge, daß die muckerliche Reaktion in allen Landen gleich fanatisch ist. Ihr müssen in geschlossener Einigkeit die Anhänger von Aufklärung und lebensfreudiger Sittlichkeit überall entgegentreten.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Bei Tabanchu ist Montag wieder gekämpft worden. Lord Roberts meldet darüber vom Dienstag:

General Hamilton ging gestern mit der berittenen Infanterie, Divisions-General Smith-Dorrien mit seiner Brigade von Tabanchu aus in nördlicher Richtung vor. Bei Houtnek stellte sich ihm eine von Botha befehligte starke Truppenmacht entgegen, die im Laufe des Tages noch verstärkt wurde. Ich schickte Nachts General French von Tabanchu aus zur Verstärkung ab. French konnte dies thun, da die Streitkräfte der Buren in der Nähe vor Tabanchu sehr abnahmen. Heute müssen weitere Verstärkungen bei Hamilton eingetroffen sein, gestern verlor Hamilton etwa 30 Mann. — Die zur siebenten Division gehörende Brigade Maxwell besetzte gestern, ohne auf ernstlichen Widerstand zu stoßen, bei Klaksonters und Scharskraal einen Kranz Kopjes; nur die berittene Infanterie war einige Stunden lang in ein Gefecht verwickelt.

Nach einer Reutermeldung betrugen die Verluste der unter dem General Hamilton stehenden britischen Truppen: 2 Offiziere und 1 Soldat todt; 6 Offiziere und 15 Mann theils verwundet, theils vermißt. Am Dienstag wurde der Kampf am Houtnek Paß fortgesetzt. Angeblich zogen sich die Buren zurück und gaben den Paß frei. Das außengelegene englische Lager wurde von den auf den Bergen stehenden Burenabtheilungen beschossen, sodaß es an einen sicheren Platz verlegt werden muß.

Vom Kriegsschauplatz bei Blumfontein meldet man weiter, daß die englischen Positionen in der Richtung zwischen Wynburg und Tabanchu 18 000 Mann betragen, denen etwa 6000 Buren gegenüberstünden. Die Buren benutzen jetzt durchweg schwarzes Pulver und wenden eine neue Taktik an. Die Buren fechten jetzt in vielmehr organisirten Formationen als früher, haben etwa 2000 Mann in der Reserve und lassen auch Kolonnen formiren. Im Osten haben sie ihre Stellungen verstärkt. Sie beschossen die englischen Positionen mit drei neuen Geschützen, angeblich aber ohne viel Erfolg.

Infolge der neuerlichen Repressalien gegen die Buren, die den Neutralitätseid gebrochen haben, werden massenhaft Vorräthe nach Blumfontein geschafft.

Bei Wepener sind, wie ein in Alival North eingetroffener Depeschenreiter mittheilt, 26 Buren gefangen genommen worden. Kommandant Olivier sei am Bein verwundet und zu seinem Nachfolger Izaak Potgieter ernannt worden.

In Mafeking ist die Nahrung der Garnison darauf reduzirt, daß sie die Ambulanz-Ochsen ißt, da die Pferde krank sind. Die Einschließung ist so eng, daß die Läufer nicht mehr hinaus- und herauskommen. Die Buren werden ringsum täglich zahlreicher.

Auf St. Helena trafen weitere 1099 Gefangene ein. Sie konnten aber nicht ausgeschifft werden, da keine Transportmittel zur Hand waren. Auf St. Helena ist auch Wassermangel eingetreten. Der Gouverneur telegraphirte daher nach Wasserwagen, mit denen das Wasser in das Lager der gefangenen Buren geschafft werden kann.

Zwölf russische Offiziere der Luftschiffer-Abtheilung, die vorher ihrr Entlassung genommen haben, sollen versuchen wollen, mit 2 Ballons zu den Buren zu gelangen. Sie sollen sich bereits auf einem französischen Dampfer eingeschifft haben.

Zum Neutralitätsbruche Portugals wird aus Lissabon gemeldet: Die Deputirtenkammer verwarf am Dienstag fast einstimmig den Antrag des Deputirten Costa, an die Regierung wegen des Durchmarsches englischer Truppen durch portugiesisches Gebiet von Beira aus eine Anfrage zu richten.

Bei Armeelieferungen sind in England große Betrügereien vorgekommen. Das Unterhaus ernannte am Dienstag eine Kommission zur Untersuchung der Betrügereien, welche angeblich bei Verträgen mit dem Kriegsamte vorgekommen sind.

Die Blutspuren des Krieges. Die Verluste der Engländer im Transvaalkriege werden jetzt aus Mittheilungen der Londoner Blätter ersichtlich. Danach wären bis jetzt

getödtet	213	Offiziere	2100	Mann
an Wunden gestorben	120	„	2500	„
gefangen	173	„	4000	„
kampfunfähig nach England geschickt	360	„	6000	„
Effektiver Verlust:	866	Offiziere	14600	Mann
noch lebende Verwundete	500	Offiziere	5000	Mann
Erkrankte in Afrika verblieben	1000	„	12000	„
Also in Summa abgängig:	2366	Offiziere	31600	Mann

Das sind beträchtlich Ziffern und dennoch, wenn man nach Stichproben urtheilen darf, sind sie noch viel zu gering gegriffen. In Pretoria befinden sich bereits über 5000 Gefangene; diese unkontrollirbare Zahl ist also tendenziös verändert.

Aber es muß auch erwähnt werden, daß die durchaus englandfreundliche „Cape Times" noch ganz andere, viel schlimmere Ziffern angeben. Sie melden Verlust an Kriegsgefangenen 3000, Todte durch Krankheiten 4000, gefallen 14 450, verunglückt 100, verwundet 43 350, insgesammt 64 900 Mann. Die „Volksstem" fügt hinzu: Rechnet man noch die Verluste bei Cronje's Gefangenennahme mit 4000 und bei dem Entsatz von Ladysmith mit 1700 Mann hinzu, so kommt man auf einen Verlust von zusammen 70 000 Mann. Hierzu kommen noch die von den Engländern selbst als schwer bezeichneten Verluste bei Rondevaldrift und bei Koodoosrand, wie bei der Erstürmung der Tugela-Stellungen, da die „Cape-Times"-Zahlen nur bis zur Cronje-Katastrophe reichen. Welche Zahl immer die richtige sei, jedenfalls haben die Engländer kolossale Verluste erlitten und an diesen gemessen, herzlich wenig erreicht.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 3. Mai.

Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen, Formern, Stemmern, Nietern, Bohrern, Gewindeschneidern und deren Hülfsarbeitern, Fabrikarbeitern, Fabriktischlern, Schiffsmalern, Schiffszimmerern, Schmieden, Kesselschmieden und deren Hülfsarbeitern und sonstigen auf Maschinenbauanstalten und Schiffswerften thätigen Arbeitern ist von der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und der Schiffswerft von Henry Koch streng fernzuhalten. Lübeck ist thunlichst ganz zu meiden.

Achtung, Braunbierbrauer, Kutscher, Schuhmacher! Zuzug nach Lübeck ist fernzuhalten! Die Bureaux befinden sich: Schuhmacher Lederstraße 3 bei Leeke; Brauer und Kutscher, Böttcherstraße 18, bei Boyen.

Das Gewerkschafts-Kartell hat über alle am Orte befindlichen Braunbierbrauereien den Boycott verhängt.

Arbeiter! Haltet den Zuzug Arbeitswilliger fern!

Die Bureaux der Ausgesperrten befinden sich: Former, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter bei Leeke, Schiffszimmerer, Hafenarbeiter, Metallarbeiter im Vereinshause, Schmiede, Werftarbeiter sowie alle nicht benannten kleineren Verbände bei Spahrmann.

Schmiedestreik und Aussperrung. Nach einer heute morgen von uns gemachten Aufstellung sind z. Zt. an der Aussperrung betheiligt 17 Gewerkschaften mit rund 600 Mitgliedern. Einige Hundert Unverheirathete sind bereits abgereist, heute dürfte eine große Zahl folgen. Die Maler sind sämmtlich anderweitig in Arbeit gebracht worden, kommen also nicht mehr in Betracht; im Uebrigen sind folgende Verbände betheiligt: Metallarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter (5 Zahlstellen), Former, Holzarbeiter, Schiffszimmerer (zentral), Werftarbeiter, Zimmerer, Bäcker, Tabakarbeiter, Transportarbeiter, Schmiede, Schiffszimmerer (lokal), Hirsch-Duncker'scher Verein und christlich-sozialer Arbeiterverein. — Angesichts der gesammten Lage sind alle sonstigen Differenzpunkte unter den verschiedenen Organisationen mit einem Schlage fortgefallen, und es herrscht eine Einmüthigkeit, wie sie eben stets durch ähnliche Maßnahmen der Fabrikanten erzeugt wird. Die nächsten Tage werden das Ergebniß kundthun. Soviel steht schon fest: die Aussperrung wird die den Wünschen und Hoffnungen der Unternehmer entgegengesetzte Wirkung haben.

Schwerste Strafe u. s. w. Der Hamburger Verband der Eisenindustrie schreibt seinen Mitgliedern:

„Zur gefl. Kenntnißnahme theilen wir Ihnen mit, daß die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und die Schiffswerft von Henry Koch in Lübeck wegen Streik der Schmiede ihre Betriebe vollständig geschlossen haben und bitten wir **keine von dort kommende Arbeiter einzustellen.**"

So ist's recht! Erst auf das Pflaster werfen und dann durch Uriasbriefe verfehmen. Nützen wird es freilich garnichts!

Zum Streik der Braunbierbrauereiarbeiter ist zu berichten, daß Herr Flemming gegen seinen bisherigen Kutscher auf sofortige Räumung der innegehabten Wohnung geklagt hat. Sollte, was sehr fraglich ist, die Klage für den Kutscher ungünstig verlaufen, so steht ihm sofort eine andere Wohnung zur Verfügung. Der Schlag wäre also daneben gegangen. — Der Braunbierkonsum ist in Arbeiterkreisen fast gänzlich eingestellt, die Wirkungen des Boykotts machen sich bei den Besitzern ganz außerordentlich fühlbar. Die Herren thäten im eigenen Interesse gut, den Frieden zu suchen.

Die Forderungen der Schuhmacher sind des ferneren bewilligt worden von Johannsen, Blocksquerstraße. Hoffentlich folgen bald weitere Geschäfte nach. Ausständig sind noch 3 Gehülfen, darunter 2 verheirathete mit fünf Kindern.

Eine unangenehme Ueberraschung ist nach der Meinung des hiesigen Mitarbeiters des „Hbg. Corr." die Aussperrung gewesen. Sie ist durchaus nicht überraschend gekommen. Schon vor Wochen haben wir darauf hingewiesen, daß eine weitere Ausdehnung der Betriebsruhe auf die Dauer unvermeidlich sein werde. Derselbe Berichterstatter konstatirt ein Wachsen der Zahl der durch Arbeitsruhe am 1. Mai Demonstrirenden.

Ja nicht dicke thun! Am Dienstag Abend schrieb die „E.-Z.":

„Ueber die Maifeier zu berichten, haben wir keinerlei Veranlassung. Das könnte erst dann geschehen, wenn die Sozialdemokratie sich einmal so weit gemausert haben sollte, daß sie für den Geburtstag des Kaisers und den Tag von Sedan Verständniß hat."

Als wir das lasen, lachten wir herzlich, blätterten aber auch als gewissenhafte Menschen sofort in alten Papieren. Und da fanden wir Folgendes. 1895 schrieb der „Volksb." nach der Feier:

„Die „Eisenb.-Ztg.", die nur Billard-Points zählen kann, schätzt den Zug auf **7—800** Personen."

Nach der Feier 1896 schrieb die „E.-Z.":

„Auf dem Burgfelde hatte sich heute Nachmittag eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, um dem Auszug der Arbeiter nach Israelsdorf anläßlich der Maifeier beizuwohnen. Der Zug hatte nicht den Umfang früherer Jahre. Es mögen etwa **2000** Personen daran theilgenommen haben."

Hier war also, nebenbei bemerkt, das Kopfrechnen sehr schwach, da nach Adam Riese doch 2000 mehr sind als 7—800! Endlich leistete sich das heute so schweigsame Blatt im Jahre 1897 einen gewaltigen Schimpfartikel, der von uns als Zitat gebracht, im Petitsatz nicht weniger als **34 Zeilen** ausmachte! Von der Zeit an blieb das Berichten aus, man hatte „keinerlei Veranlassung" mehr, weil man eben einsah, daß alles Schimpfen nichts fruchtete, daß man ohnmächtig war gegen die gewaltige Bewegung. Also — ja nicht dicke thun!

20 Prozent Dividende hat die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ihren Aktionären für das Jahr 1899 auskehren können. Außerdem haben Vorstand, Beamte und Aufsichtsrath **29 498 Mark** als Tantième einheimsen können. Die Arbeiter aber, welche diesen ungeheuren Mehrwerth schufen, dadurch, daß sie z. Th. sich mit miserablen Löhnen begnügen mußten, liegen heute als Ausgesperrte auf der Straße. So kämpft man in Lübeck gegen den „Umsturz"!

Der Anarchist Landauer muß den „Lüb. Anz." als Bundesgenosse gegen die Maifeier dienen. Da haben sich wieder einmal einmal zwei gesucht und gefunden, die bei einander passen.

Nationalsoziales. Im trauten Freundeskreise hat am 1. Mai das kleine Häuflein der hiesigen Naumännchen einen Vortrag des Buchdruckers und Vereinssekretärs Kuhlmann-Hamburg über „Die Gewerkschaftsfrage" angehört. Der Referent hat bei seinen Lübecker Gesinnungsgenossen anscheinend wenig Verständniß gefunden. In der „E.-Z." lesen wir nämlich:

In der Debatte wandte sich ein Redner gegen den Terrorismus der Arbeiter. Ob die Streiks nicht dennoch einen politischen Beigeschmack besäßen, vermöge er zwar nicht zu beurtheilen, es sei ihm jedoch von Personen, von denen man eine gute Kenntniß dieser Dinge erwarten dürfe, versichert worden.

Als s. Zt. der große Hafenarbeiterstreik in Hamburg tobte, befaßten die Herren der „neuen", aus Fetzen aller bestehenden zusammengeflickten Partei sich auch mit der Sache; sie zogen es aber vor, keine bestimmte Stellung einzunehmen. Gleichzeitig war nämlich der Streik der Arbeiter von Carl Thiel u. Söhne. Und die Nationalsozialen treten — örtlich — nur dann in Arbeiterfragen „energisch" auf, wenn sie sicher sind, sich nicht zu „kompromittiren". Das rechnen wir ihnen garnicht so übel an, es liegt im Wesen ihrer Partei, sie können aus ihrer Haut nicht heraus. Und die Lübecker Spezies erst recht nicht.

Freundnachbarliches. Das Amtsblatt hatte sich bekanntlich herausgenommen, der „E.-Z." eine Rüge zu ertheilen ob der Art, wie die Tante die Sozialdemokratie „vernichtet". Darauf antwortete die Gerügte grob:

Dem Amtsblatt, das sich wieder einmal Bemerkungen über über unsere redaktionelle Haltung anmaßte, zur Nachricht, daß wir uns absolut nicht dazu bewegen lassen werden, ihm durch eine Polemik Gelegenheit zu geben, Leben in seinen langweiligen Tagesbericht zu bringen.

Darauf ward aus dem Adreßhause, wie folgt, erwidert:

In unserer Sonntagsnummer hatten wir unter ausdrücklicher Betonung des an sich lobenswerthen Vorhabens eines energischen Kampfes gegen die Sozialdemokratie uns der „Eisenbahnzeitung" gegenüber eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Art und Weise dieses Kampfes zu äußern erlaubt. Hierfür müssen wir jetzt von dem geschätzten Blatte eine Entgegnung einstecken, deren Ton uns verräth, daß die Lokalredaktion der „Eisenbahnzeitung", soweit es wenigstens journalistischen Anstand und Form betrifft, den Kampf gegen die „Genossen" nicht nöthig hat.

Man sollte doch eigentlich an der Obertrave wissen, daß als „anständiger Journalist" für die „Lüb. Anz." nur der gilt, der alle Pöbeleien des wenigstgelesenen Blattes ruhig einsteckt, während „unanständig" Derjenige ist, der sich seiner Haut wehrt. Oder ist man in der „E.-Z." noch nicht zu der Einsicht gekommen, daß in solchen Fällen die im 150. Jahrgange erscheinende Zeitung ihren Codex für sich hat?

Eine Versammlung des Ausschusses der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte findet am Dienstag, den 8. Mai 1900, Nachmittags 1½ Uhr, im Anstaltsgebäude vor dem Mühlenthore statt. Die Tagesordnung lautet: 1) Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters desselben und zweier Beisitzer, sowie zweier Schriftführer (s. wegen der Wahl der Schriftführer § 12 Absatz 7 der Satzungen). 2) Vorlage, betreffend die Satzungen der Landes-Versicherungsanstalt. 3) Vorlage, betreffend die Ausleihung von Anstaltsgeldern. 4) Mittheilung, betreffend Ausführung des § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes. 5) Vorlage, betreffend das Genesungsheim bei Groß-Hansdorf. 6) Vorlage, betreffend Anschaffung von Doecker'schen Baracken. 7) Mittheilung, betreffend die Handhabung des Heilverfahrens. 8) Wahl von vier Vorstandsmitgliedern und von je zwei Ersatzmännern für jedes Vorstandsmitglied 9) Wahl der Mitglieder der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung und Vorberathung des Voranschlags. 10) Wahl der Mitglieder der Baukommission. 11) Wahl eines Schiedsgerichtsbeisitzers und der Ersatzmänner derselben.

In den Ruhestand getreten ist der Hallenmeister des Schlachthauses, Herr Freytag.

pb. **Diebstahl.** Einem in der Brolingstraße wohnenden Arbeiter wurde seine Nickeluhr aus dem Logis gestohlen.

Die untere Holstenstraße wird morgen für den Fuhrwerksverkehr wieder freigegeben.

Die Obertravenstraße wird auf der Strecke Holstenstraße—Pagönienstraße von morgen an gesperrt sein.

Anscheinend desertirt ist der Musketier Wesen von der 5. Komp. des hiesigen 162. Regiments.

Für verschollen erklärt werden soll der im Jahre 1832 hierselbst geborene Seemann Johann Bugdahl, von dem man seit etwa 30 Jahren nichts mehr gehört hat.

Dem Zwangsarbeitshause wurden im April fünf Personen im Alter von 36—61 Jahren wegen Bettelns überwiesen. Die Haftdauer beträgt in je 2 Fällen 12 bezw. 24, in einem Falle 15 Monate. Die Ueberwiesenen sind 2 Arbeiter und je 1 Zigarrenarbeiter, Metalldreher und Tischler.

Schwartau. Streik. Wegen Nichtbewilligung der geforderten Lohnerhöhung von 42 auf 45 Pfg. pro Stunde haben die Maurer und Zimmerer die Arbeit eingestellt. Betheiligt sind drei Ledige und acht Verheirathete.

Hamburg. Wegen Sittenverbrechens, begangen an seinen Mündelkindern, Knaben, wurde der Rechtsanwalt Dr. Hugo May vorgestern nach fünftägiger Verhandlung zu 2½ Jahren Gefängniß und 3½ Jahren Ehrverlust verurtheilt. Obwohl das Gericht 93 Fälle als erwiesen annahm, wurden mildernde Umstände zugebilligt, weil der Angeklagte sexuell nicht normal veranlagt sei. Der Staatsanwalt hatte nur 18 Monate beantragt.

Itzehoe. Die Maler sind in den Streik eingetreten. Der strittige Punkt ist der Minimallohn von 42 Pfg. pro Stunde.

Bremerhaven. Todtschlag. Von einem Seemanne wurde der Malergeselle Lothar Zimmer durch einen Messerstich getödtet.

Bremen. Fahrradsteuer. Der Bürgerschaft ist ein Entwurf zugegangen, nach welchem Luxusräder mit 6 Mk. und Räder gewerblicher Arbeiter mit 2 Mk. jährlicher Steuer belegt werden sollen. Also ebensolch ungerechte indirekte Steuer, wie in Lübeck!

Heute Abend:

Volks-Versammlungen

Centralhallen,

Flora, Neu-Lauerhof.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Am 1. Mai, Nachm. 2½ Uhr, wurde uns unsere liebe süße Tochter **Hilda** im Alter von 11 Monaten 14 Tagen nach schwerer Krankheit durch den Tod entrissen. Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern und Verwandten.

Heinr. Fedder und Frau **Elisabeth** geb. **Werner.**

Beerdigung Freitag, Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Glogauerstraße 4a.

Logis für einen jungen Mann. Glockengießerstraße 16.

Zu verkaufen ein neues Sopha für 25 Mk. Gr. Gröpelgrube 21.

Ein fast neuer Kinderwagen ist umständehalber billig zu verkaufen. Näheres Sadowstr. 9, Flügel 1. Et.

Gesucht zu sofort ein **kräftiger Laufbursche** T. Buhrmann, Holstenstr. 23.

Gesucht zum 15. ds. Mts. ein **junger ordentlicher Hausknecht** am liebsten vom Lande, wenn er auch erst Ostern die Schule verlassen hat

Gr. Burgstraße 11.

Verloren ein Trauring gez. C. Wittern, ir Moisling. Abzugeben gegen Belohnung bei Stolle, Vereinshaus.

Dr. Schlüter impft während des ganzen Monats Mai.

Bürgerlicher Mittagstisch Mittagessen 30 und 40 Pfg., Abendessen 30 Pfg. Frau Rieck, Wengstraße 21, part.

Schnell- trocknend und von hohem Glanz! **Fussbodenöle u. Lacke** in bester Qualität empfiehlt **Ferd. Kayser** Breitestraße 81, vis-à-vis d. Markt u. Rathhaus.

Kartoffeln in größter Auswahl zu den billigsten Preisen. Karl Voss, Alfstraße 18.

Ohne Preiserhöhung liefere ich noch meinen **gebrannten Caffee.** Besonders schön sind die Mischungen 1,20, 1.00, 0,80 Pfg. Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.** Caffeebrennerei, Kakaoerei durch electr. Kraft.

Empfehlungs-Karten empfiehlt Friedr. Meyer & Co.

Geschäfts-Eröffnung.

P. P.

Am **Freitag den 4. Mai 1900** eröffne ich meine **Wirthschaft** in dem neuerbauten Hause **Untertrave 35** woselbst mir Jedermann willkommen ist.

Es wird mein Bestreben sein, meine Gäste durch gute Getränke und aufmerksame Bedienung stets zufrieden zu stellen und bitte ich, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Ferdinand Tonn, Untertrave 35.

Am **Sonnabend den 5. Mai** bleibt unser Geschäft, Familienfeier wegen, **geschlossen.**

Gebr. Steder.

Wir empfehlen jedem Parteigenossen die Broschüren:

Socialpolitische Vorträge.

Von **J. Dietzgen.** Preis 15 Pfg.

Gesellschaftl. u. Privateigenthum

Von **Ed. Bernstein.** Preis 15 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Circus Jansly.

Täglich Abends 8 Uhr:

Das Stadtgespräch Lübecks

Die neue Wasser-Pantomime „Das Fest der Czykos"

Schwimmende und tauchende Pferde und Menschen in den 3 Meter tiefen, 3 Meter breiten und 12 Meter langen Wassergraben, welcher die Manege durchkreuzt.

Höchster Triumph der heutigen Circuskunst.

Der verwegene Todesritt mit einem 6er Zug, der Ritt über den 30 Mtr. hohen steilen Berg.

Näheres durch Tageszettel.

Sämmtliche Colonial-Waaren insbesondere frisch gebrannten Caffee in vorzüglicher Güte per Pfd. 80, 100, 120, 140 Pfg., schöne Pflaumen, per Pfd. 20, 25, 30 Pfg., prima Schmalz, Pfd. 50 Pfg. hochfeine Margarine, Pfd. 50, 60, 70 Pfg., div. Käse, Pfd. 30, 60, 80 Pfg., Salzgurken und hochfeine große Fettheringe, Krummesser Doppel-Kümmel u. alle sonst. Spirituosen empfiehlt billigst und bestens **Rud. Kracht,** Ratzeb. Allee 40.

NB. Schnellste und aufmerksamste Bedienung.

Kalbfleisch 35 Pfg. an, Schweinefleisch 55 Pfg. bestes Schmalz 60 Pfg., gekochte Mettwurst 70 Pfg. frische u. ger. Leberwurst 70 Pfg., Preßwurst und Rothwurst 50 Pfg., ger. Mettwurst 90 Pfg., Kuh-Euter (gek. u. geräuch.) 40 Pfg., Flohmen 55 Pfg., frisches Kopffleisch 30 Pfg., Schwartzauer 10 Pfg., f. Speisetalg 40 Pfg. empfiehlt **M. Lahrtz,** Böttcherstraße.

Pa. Landmettwurst Pfd. 80, 100 Pf. **Hies. Landschinken** Pfd. 85 Pf. **ff. Tilsiter Käse** Pfd. 60, 70, 80 Pf. **Tils. Halbfettkäse** Pfd. 40 Pf. **Hans Wegener** Obere Wahmstraße 10.

Feinste Herren- u. Knabenanzüge äußerst billig! im Ausverkauf!!! Ferner: Buckskin-Hosen, Westen, Arbeits-Garderoben, Hemden, Socken, Strümpfe, Hüte, Mützen u. aller Art Kinder-, Damen- und Herren-Fußzeug, Leder- und Filzpantoffeln u. s. w. empfiehlt in größter Auswahl und billigst **Rud. Kracht,** Ratzeb. Allee 40.

Brennsprit, Poliersprit Liter 35 Pf., Flasche 28 Pf. Obertrave 8. **Ludwig Hartwig.**

Neue Zwiebeln 2 Pfd. 25 Pfg. **Magd. Sauerkohl** 2 „ 15 „ **ff. Salzgurken** Stück 5 „ **Hans Wegener** Obere Wahmstraße 10.

Geschäfts-Eröffnung.

Am 1. Mai habe ich ein **Taback- und Cigarren-Geschäft** eröffnet. Ich bitte meine Freunde und Gönner, sowie das geehrte Publikum Lübecks und Umgegend, mein Unternehmen unterstützen zu wollen.

Hochachtend **Heinrich Kaven** Gr. Burgstraße 42.

Achtung! Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung am Freitag den 4. Mai 1900 Abends 8½ Uhr. im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Bildungsverein Crummesse.

BALL mit Scheibenschießen für Herren am Sonntag den 6. Mai im Lokale der Hrn. Schacht. Anfang 4 Uhr.

Das Comitee.

Club Fidelitas.

Gesellschafts-Abend am Sonntag den 6. Mai 1900 in Haushahn's Concerthaus. Anfang 6 Uhr. Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 102. Freitag, den 4. Mai 1900. 7. Jahrgang.

Gemeindesozialismus.

II.

Als Grundbesitzerin lernen wir die Gemeinde seit den ältesten der Withschaftsgeschichte zugänglichen Zeiten kennen. Aber was noch vor einem Jahrzehnt als ein geschichtliches Kuriosum galt und behandelt wurde, ist heute zum Ansatze für eine kräftige moderne Entwicklung geworden. Die kapitalistische Spekulation, die mit dem wichtigsten der menschlichen Güter getrieben wird, die unsittlichen Gewinne, die durch sie auf Kosten der wohnungsbedürftigen Bevölkerung erzielt werden, hat die Forderung nach einer möglichst weitgehenden Vermehrung des städtischen Grundbesitzes geweckt. Thatsächlich sehen wir auch heute schon deutsche Städte wie Frankfurt a. M. und Karlsruhe ihren Grundbesitz — allerdings innerhalb bescheidener Grenzen — vermehren, andere haben wenigstens die Verkäufe ihres Grundbesitzes an Private eingestellt.

So lernen wir die Gemeinde als Hausherrn kennen. In London, Glasgow und zahlreichen anderen englischen Städten entstehen städtische Arbeiterwohnungen. In der Schweiz finden wir Bern und Zürich an der Spitze. In Deutschland bauen Gemeinden wie Heidelberg, Münster, Pforzheim, Ulm u. A., städtische Wohnhäuser, andere betheiligen sich an den Arbeiten der gemeinnützigen Baugesellschaften, die wie die Pilze hervorschießen. Ueberall sind die Erfahrungen außerordentlich günstig. Bern kann beispielsweise gesunde Wohnungen für ganze Familien gegen einen Monatszins von 18—26 Frs. liefern und dabei noch eine Verzinsung von nahezu 5 pZt. erzielen. Aber trotz den glänzendsten Erfolgen, der wachsenden Nachfrage, sehen wir überall die Baubewegung, soweit sie von Gemeinden ausgeht, die bescheidensten Grenzen einhalten, sehen überall städtische Projekte der heftigsten, oft erfolgreichen Opposition begegnen. Wer sind die Gegner? Leute, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß die städtische Bauthätigkeit dem Gemeinwohle zuwider sei? Schwerlich! Dem Berufe nach sind sie meist Bauspekulanten, Baumeister und Hausbesitzer. Sie vertreten das Gemeinwohl genau so gut, wie die kartellirten Ziegelbrenner, die gegen die Errichtung städtischer Ziegeleien wüthen.

Hat so die Gemeinde den Beweis erbracht, daß sie im Stande ist, das Wohnungsbedürfniß der Stadtbewohner besser und billiger zu befriedigen, als es die kapitalistische Wirthschaft vermag, so hat sie auch durch die schon fast allgemein gewordene Uebung dargethan, daß für die Versorgung mit Wasser und Licht — sei es Gaslicht oder elektrisches, dasselbe gilt. Ja, in ihrer Macht läge es sogar, die Ausbeutung des Publikums durch das Petroleumkartell durch billige Lichtlieferung und billige Installationen kräftig zu bekämpfen. Daß mit nicht minderem Erfolge das städtische Verkehrswesen der Herrschaft des Privatkapitals entzogen worden ist und entzogen werden kann, ist zu bekannt, um hier des Näheren auseinandergesetzt werden zu müssen.

Durch die Verstadtlichung so ungeheurer Anlagen wird aber die Gemeinde auch der in zahlreichen Fällen weitaus größte Kohlenkonsument der Stadt. Ihre Abschlüsse wirken bestimmend auf die Preise des lokalen Marktes, und so nimmt — namentlich in einer Zeit der Kohlennoth wie die heutige — der Gedanke immer greifbarere Gestalt an, die Gemeinde möge im Interesse der gesicherten Versorgung der Stadt, im Interesse einer stetigen wohlfeilen, von wucherischen Spekulationen unabhängigen Preislage aus ihren Lagern Kohlen an Private verkaufen und so eine Monopolisirung des Kohlenhandels anbahnen.

Das Bestreben, Wohnung, Wasser, Licht, Kohlen, Verkehrsmittel dem Markte zu entziehen, das Angebot der Nachfrage entsprechend zu gestalten, die Nachfrage selbst durch billige Preise zu decken und damit die Lebenshaltung der gesammten Bevölkerung zu verbessern, entspringt zumeist den Erfahrungen, die die Gemeinde in ihrer polizeilichen Thätigkeit gesammelt hat, und oft stellt sich die Vergemeindlichung als das einzige und letzte Mittel dar, um Schäden zu beseitigen, die von der Polizeigewalt vergeblich bekämpft worden sind.

Wenden wir uns von dem Gebiete der Bau- und Verkehrspolizei einem anderen wirthschaftlichen Gebiete zu, das der polizeilichen Regelung und Beaufsichtigung unterliegt, dem Gebiete der Versorgung mit Nahrungsmitteln, so sehen wir, wenn auch hier in beschränkterem Umfange, aus demselben Kern denselben Keim sich entwickeln.

Die Gemeinde als Fleischhauer mag heute immerhin noch als eine Seltsamkeit angesehen werden; trotzdem fehlt es auch hier nicht an den günstigsten Erfahrungen. So wurden in Freiburg i. B. städtische Fleischhallen errichtet, die durch ihre Konkurrenz die Fleischhauer zur Rücknahme einer vorgenommenen Preiserhöhung zwingen sollten und dieses Ziel auch binnen fünf Wochen erreichten. Auf Erzielung eines Gewinnes hatte es die Gemeinde dabei nicht abgesehen, trotzdem resultirte ein wöchentlicher Reingewinn von 400 Mk. Lissabon benutzt seine städtischen Schlachthäuser dazu, um den Fleischhauern bestimmte Preise vorzuschreiben, deren Ueberschreitung mit Entziehung der Waare bestraft wird. Der Fleschhauer wird so ein Mittelding zwischen selbstständigem Unternehmer und städtischem Beamten.

Es fehlt auch nicht an Gelegenheit, die Gemeinde als Gast- und Schankwirth kennen zu lernen. Es sei vor allem auf Breslau hingewiesen, dessen städtisches Speisehaus vortreffliche Erfolge erzielt und noch trefflichere erzielen könnte, ginge die Verwaltung nicht von dem Grundsatze aus, „die Privatkonkurrenz nicht zu ertödten.“ Weniger zartfühlend erwiesen sich die städtische Restauration von Grenoble, die städtischen Schankstuben von Birmingham, deren erfolgreiche Bestrebungen zur Bekämpfung der Trunksucht die Forderung nach der Vergemeindlichung des Schankwesens in England populär gemacht hat.

In England ist auch der Gedanke aufgetaucht, den Milchhandel im Interesse der Gesundheit zu verstadtlichen. Im Stadtrathe vom Glasgow bildete ein diesbezüglicher Antrag eines Arztes den Gegenstand eingehender Berathung.

Eine lebhaftere Bewegung hat sich für die Vergemeindlichung der Bäckereien erhoben. Die aller Beschreibung spottenden Zustände kleiner Backstuben, die willkürlichen Gewichtsreduzirungen des Gebäcks durch die einzelnen Bäcker und die ungeheuren Gewinne, die diese gerade durch die Ausbeutung des Massenverbrauchs der armen Volksklassen erzielen, lassen den Gedanken außerordentlich sympathisch erscheinen. Daß er nicht utopistisch ist, beweist die Stadt Leipzig, deren eigene Bäckerei allerdings nur für die städtische Armenversorgung thätig ist.

Intensiver noch als der Fleisch- und Brodwucher wird der Wucher mit Medikamenten betrieben. Die Gewinne der Apotheker an einzelnen Heilmitteln erreichen oft Hunderte von Prozenten, das Konzessionswesen macht eine Herabdrückung der Preise durch die Konkurrenz unmöglich. So kommt es, daß die Vergemeindlichung der Apotheken in zahlreichen Gemeinden eine Forderung nicht bloß der Sozialisten, sondern des konsumirenden Publikums überhaupt geworden ist.

* * *

Auf Vollständigkeit darf die flüchtige Darstellung, die in den obigen kurzen Zeilen geboten ist, durchaus keinen Anspruch erheben. Immerhin mögen die gebotenen Thatsachen in ihrer Mannigfaltigkeit Stoff zum ernsten Nachdenken bieten.

Es giebt einen Gemeindesocialismus. Er ist da und er wächst langsam, doch stetig. Nicht aus theoretischer Rechthaberei ist er geboren, sondern aus dem wirklichen Bedürfnisse hat er sich in Form praktischer Einrichtungen, oft seines Wesens kaum bewußt, entwickelt. Die unbewußten Regungen aber einer neuen Bewegung mit klarem Bewußtsein zu erfüllen, praktische Nothwendigkeiten zu politischen Zielen zu machen, ist das eigentlichste Wesen der Politik.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Görlitz fordern die Schmiede 16 Mark Minimallohn und Abschaffung des Kost- und Logiswesens. Zur Durchsetzung dieser Forderung ist die Arbeit eingestellt. — Der drohende Ausstand der Osnabrücker Textilarbeiter wurde abgewendet. Die Forderungen der Arbeiter wurden von dem in Betracht kommenden großen Etablissement zum Theil bewilligt: Erhöhung der Akkordsätze auf einige Waarensorten und Verkürzung der Arbeitszeit. — Die „christlichen“ Maurer in Fulda haben wegen Ablehnung ihres Lohntarifs seitens der Unternehmer die Kündigung eingereicht. — Eine zahlreich besuchte Versammlung der Schuhmacher in Köln beschloß, nachdem vorherige Einigungsversuche gescheitert waren, sofort in den Ausstand einzutreten. Die christlichen Berufsvereine erklärten sich solidarisch mit den freien Gewerkschaften in der Forderung zehnstündiger Arbeitszeit, der Lohnerhöhung sowie der Abschaffung des Kost- und Logiswesens bei den Meistern. — Der Bäckerstreik in Pilsen wurde von der Organisation als beendet erklärt. In allen Bäckereien wurde eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung bewilligt und die Einhaltung des Ersatzruhetages zugesagt. Außerdem haben von den 36 Meistern 18 die zwölfstündige Arbeitszeit bewilligt. — Die Amsterdamer Zeitungsbesitzer haben in Folge des Setzerstreiks beschlossen, ein gemeinsames Blatt herauszugeben. — In Hull (England) haben ungefähr 600 Dockarbeiter die Arbeit eingestellt; sie verlangen eine Lohnerhöhung von 1 Shilling. — 3000 Angestellte der New Yorker Centralbahn in Buffalo haben, wie man der „Frkf. Ztg.“ kabelt, wegen Lohnfragen einen Streik begonnen. Es werden weitere Streiks großen Umfangs befürchtet, falls die Verwaltung nicht nachgiebt.

In der Frage der Streikklausel hat die Mehrheit der Berliner städtischen Baudeputation endlich ihr Zieren aufgegeben und die Scharfmacher offen an's Bruderherz gedrückt, indem sie mit neun gegen sieben Stimmen den Beschluß faßte, die von den Unternehmern beantragte Ausnahmemaßregel in die Bauverträge der Stadt aufzunehmen. Zu der Meldung theilt ein Berichterstatter zwar mit, daß nur ausnahmsweise mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Bauausführung in den Vertrag über die Erd-, Maurer- und Asphaltarbeiten für das Hauptgebäude des 4. städtischen Krankenhauses dem Antrag der Submittenten gemäß die Ausstandsklausel aufzunehmen beschlossen worden sei, aber wie dem auch sein mag, es hat sich wieder einmal ergeben, daß der Berliner Kommunalfreisinn in der Wahl zwischen Kapital und Gerechtigkeit sich von den offen reaktionären Elementen, die z. B. im preußischen Landtag ihr Spiel treiben, in nichts unterscheidet. Hier wie dort Produkte des Dreiklassen-Wahlsystems und der in ihm wohnenden Tendenz, das Proletariat zu Gunsten des Unternehmerthums, zu Gunsten der Besitzenden rechtlos zu machen. So ohne weiteres soll den Herren Unternehmerfreunden jedoch ihre That nicht hingehen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben in Folge des Beschlusses bei der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, die städtischen Verwaltungs-Deputationen anzuweisen, bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten die sogenannte Streikklausel nicht in die Verträge aufzunehmen.“

Die Sünden der Väter.

Roman von Osterloh.

25. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Wirr, zusammenhanglos hatte Leonhard die Sätze hervorgestoßen; Dievenow antwortete nicht gleich, dann langsam mit der kühlen Ruhe, die ihm stets ein Uebergewicht über lebhaftere, erregte Naturen sicherte: „Sie sind in einem Zustande, junger Freund, in dem ich Sie nicht sich selbst überlassen kann. Ich verstehe Sie gar nicht vollständig, aber ich glaube annehmen zu dürfen, daß Sie eine Schlägerei oder dergleichen gehabt haben, und daß Sie, den ich hier in des Königs Rock vor mir sehe, zu desertiren beabsichtigen. Dazu kann ich in meiner Stellung als Reserveleutnant unmöglich die Hand bieten. Ganz abgesehen hiervon, scheint mir dieser Schritt so verhängnißvoll, daß ich Ihnen nicht dringend genug von einer so folgenschweren Uebereilung abrathen kann!“

Leonhard schlug ungeduldig mit dem Absatze seines derben Soldatenstiefels auf den Fußboden. Dievenows Gelassenheit, weit entfernt, ihn zur Vernunft zu bringen, reizte ihn nur noch mehr.

„Ja, ja! Sie haben gut reden. Was soll denn aus mir werden — Sie wissen ja nicht —“

Dievenow unterbrach ihn. „Was auch geschehen sei, stellen Sie sich Ihrem Vorgesetzten; das ist der einzig korrekte Weg!“

Leonhard lachte höhnisch auf. „Korrekt! Mit der Korrektheit ist's vorbei — wenn einer einen Menschen umgebracht hat.“

„Umgebracht?“ wiederholte Dievenow entsetzt.

„Ja, umgebracht!“ rief Leonhard, mit grausamer Deutlichkeit jede Silbe betonend.

„Schreien Sie doch nicht so,“ herrschte ihn Dievenow an. Hatte er nicht ein Geräusch im Vorzimmer gehört?

„Nein, nein,“ erwiderte Leonhard. „Man verfolgt mich nicht. Und bei Ihnen würde man mich sicherlich nicht suchen. Aber ich gehe schon —“ Er wagte nicht mehr, um Hülfe zu bitten.

„Wenn ich Ihnen als Deserteur zur Flucht verhelfen wollte, würde ich mich zu Ihrem Mitschuldigen machen und —“

„In meiner Stellung als Reserveoffizier,“ fuhr Leonhard mit grimmigem Hohne fort und erhob sich.

Dievenow legte seine Hand auf die Schulter des jungen Mannes.

„Nehmen Sie Vernunft an; erzählen Sie mir den Hergang.“

„Wozu? Es ist auch nicht viel zu erzählen. Wir waren zusammen auf Wache. Dieser Mensch hatte mich schon mit Sticheleien gequält bis auf's Blut. So arg wie heute hatte er es noch nie getrieben. Immer griff er meinen Vater an. Warum, weiß ich nicht. Er hat ihn gar nicht gekannt. Das konnte ich nicht auf mir sitzen lassen. Und heute! Ich sollte nicht stolz sein, sagte er, er sei — es will mir nicht über die Lippen — er sei mein Bruder! Da warf ich ihn nieder, den infamen Lügner!“

„Und — Sie sind sicher, daß er gelogen hat?“ fragte Dievenow langsam, den Blick zu Boden gesenkt.

„Dievenow!“

„Mein armer Freund,“ fuhr Dievenow mit gedämpfter Stimme fort, „wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich mich sehr vorsehen, ehe ich für die Ehre meines Vaters die Hand in's Feuer legte.“

„Was soll das heißen?“ schrie Leonhard. „Gegen meinen Vater soll Niemand etwas sagen — Niemand — Niemand —“

Unter dem festen Blick des älteren Mannes waren die Worte des Jünglings unsicher geworden; das letzte „Niemand“ erstarb fast auf den bleichen Lippen.

„Stellen Sie sich Ihrem Vorgesetzten,“ begann Dievenow noch einmal eindringlicher, und zum ersten Mal brach warme menschliche Antheilnahme durch das Eis seiner Reserve. „Ihr Eifer ehrt Sie, aber eine schadhafte Reputation wird dadurch nicht besser, daß man sie möglichst geräuschvoll vertheidigt. Ich weiß nicht, ob der junge Mensch die Wahrheit gesprochen hat; aber ich weiß, daß es verschiedene Punkte im Leben Ihres Vaters giebt, welche am besten mit dem Schleier der Vergessenheit bedeckt werden.“

„Sie lügen!“ kreischte Leonhard wild auf. „Sie lügen!“

Dievenow zuckte die Achseln.

Leonhard wandte sich und ging langsam festen Schrittes der Thür zu. Dort schaute er noch einmal zurück. Dievenow stand unbeweglich.

„Sie lügen!“ stammelte Leonhard noch einmal. Aber er glaubte selbst nicht mehr, was er sagte.

XXIV.

Frau Andree und Martha saßen im Wohnzimmer über das große Rechnungsbuch gebeugt, mit dem Monatsabschluß beschäftigt. Das Geld aus der Hauptkasse hatten sie auf den Tisch ausgeschüttet und nach den verschiedenen Werthsorten geordnet, um sich so das Zählen zu erleichtern. Plötzlich wurde die Thür aufgerissen. Erschrocken blickten sie auf.

„Du hier?!“

Sie hatten ihn nicht erwartet, der da vor ihnen stand, und fast hätten sie ihn nicht erkannt: wie ein Gespenst seiner selbst, weiß und fahl; nur die schwarzen Augen glühten unheimlich in ihren Höhlen.

„Um Gotteswillen, Leonhard, was ist geschehen?“

Er machte eine abwehrende Handbewegung. „Nachher, Mutter, nachher. Erst mußt Du mir eine Frage beantworten.“ Er trat dicht an sie heran. „Mutter, war mein Vater ein Ehrenmann?“

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die Feuersbrunst in Wildeshausen in Oldenburg läßt sich erst jetzt in ihrem ganzen Umfang übersehen. Im Ganzen sind 113 Gebäude, darunter 69 Wohnhäuser, ein Raub der Flammen geworden. Der Werth dieser wird auf 230 000 Mk. geschätzt. Um der ersten Noth zu steuern, hat sich ein Hülfsausschuß gebildet. Es sind meistens kleine Leute, die ihre Habe verloren haben. Im Ganzen sind 110 Familien obdachlos geworden; die Unterbringung dieser hat zuerst einige Schwierigkeiten gemacht, doch hat man sie jetzt Alle unter Dach gebracht. Zur Wegschaffung der Trümmer auf der großen Brandstätte soll Militär aus Oldenburg hingesendet werden. — Die Verlegung der hannoverschen Stadt Dannenberg scheint allen Ernstes ins Auge gefaßt zu sein. Der Stadtvoigt von Dannenberg, Lampe, erläßt in der Presse ergreifende Schilderungen der Wassersnoth, wodurch die Stadt Dannenberg seit langen Jahren und auch in diesem Jahre schwer zu leiden hatte. In zwölf Jahren sei Dannenberg fünfzehn Mal von Ueberschwemmungen heimgesucht worden, wodurch der Nothstand namentlich unter der ärmeren Bevölkerung von Jahr zu Jahr bedrohlicher werde. Der Ruin der Stadt Dannenberg sei besiegelt. Zu diesen Ausführungen wird als Antwort von einem hohen Regierungsbeamten die Anregung zur Gründung einer neuen Stadt zwischen Marwedel-Hitzacker durch die Presse verbreitet. Der Plan der Stadtverlegung ist der Regierung zu Lüneburg unterbreitet worden. — Im Wiederaufnahmeverfahren erkannte kürzlich die Düsseldorfer Strafkammer gegen den Tagelöhner Peter Wirtz aus Gerresheim, welcher am 2. November v. J. an gleicher Gerichtsstelle wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt wurde, auf Freisprechung. Die damalige Belastungszeugin, ein 14jähriges Schulmädchen, gab in der diesmaligen Verhandlung unumwunden zu, damals die Unwahrheit gesagt zu haben. Wirtz hat 7 Monate unschuldig im Gefängnisse zugebracht. Die Festsetzung einer angemessenen Entschädigung behielt der Gerichtshof besonderer Entscheidung vor. — Zur Mordthat bei Kassel wird berichtet: Die Persönlichkeit der ermordet Aufgefundenen wurde als diejenige der Wirthschafterin Fuhrmann beim Kaufmann Eimer festgestellt. Der eigene Schwager der Ermordeten, der Arbeiter Pfläging, wurde wegen dringenden Mordverdachts festgenommen und ist in Gegenwart des Gerichts nach dem Mordplatze geführt worden. Nach anfänglichem Leugnen hat Pfläging eingestanden, den Mord an seiner Schwägerin begangen zu haben. Er will unter dem Drucke der Noth gehandelt haben, um sich in den Besitz der Ersparnisse der Anna Fuhrmann zu setzen. — Ueber eine Soldatenmißhandlung berichtet die „Mainzer Volkszeitung": „Einem Soldaten der 4. Kompagnie des 117. Infanterie-Regiments wurden von einem Unteroffizier zwei derartige Schläge wider das linke Ohr versetzt, daß der Mann dabei sein Gehör auf diesem Ohr verlor. Die ärztliche Untersuchung ergab ein zerstörtes Trommelfell. — Durch brennende Schlacken, die aus einem explodirenden Hochofen der Fabrik von Metz u. Cie. in Esch (Lothringen) herausstürzten, sind drei Arbeiter gräßlich verbrannt. Alle drei sind ihren Verletzungen erlegen. — In Absroth bei Schönbach (Voigtland) ermordete der aus einer Strafanstalt entlassene Arbeiter Milser den Gutsbesitzer Hoyer, weil dieser vor Gericht gegen ihn ausgesagt hatte. Nach begangener That erschoß sich der Mörder. — Die Strafe über die Husaren in Großenhain, die den Husaren Lehmann, der sich bekanntlich den Tod gab, geschlagen hatten, ist nunmehr gefällt. Die Husaren sind laut kriegsgerichtlichen Erkenntnisses vom 31. März d. J. mit 5 bezw. 4 Wochen Gefängniß bestraft worden. Diese Strafen sind auffällig mild. — In Klausenburg wurde eine weiverzweigte Falschmünzerbande aufgehoben, wodurch eine große Anzahl angesehener Persönlichkeiten kompromittirt wurde. — Ein neuer Unglücksfall hat sich am Montag auf der Pariser Weltausstellung ereignet. In Folge Zusammenbruchs eines Gerüstes in der Maschinenhalle wurden 2 Arbeiter getödtet und 2 verletzt. — In der Feuerwerkerschule zu Grenoble erfolgte eine Dynamitexplosion, wodurch ein Kapitän getödtet und mehrere Soldaten verwundet wurden. — Auch Japan hat Soldatenmißhandlungen. In Hiamaji hat sich, wie der „Ostas. Lloyd" berichtet, ein Soldat des 10. Regiments, Namens Yoneda, das Leben genommen. Die angestellte Untersuchung hat ergeben, daß ein Unteroffizier und ein Gefreiter, die seine unmittelbaren Vorgesetzten waren, ihn durch Mißhandlungen u. s. w. zu der That getrieben haben, und zwar weil Yoneda ihrem Verlangen nach Geld nicht nachzukommen vermochte. Der Kommandeur des Regiments sowie der betreffende Kompagniechef haben in Folge der Angelegenheit ihren Abschied genommen.

Eine Todesanzeige und ihre Ursache. Folgende Todesanzeige ist in diesen Tagen in Berlin veröffentlicht worden:

In Folge einer am 26. März cr. stattgehabten Exmittirung befand sich eine in der Rosenstraße 7 wohnhaft gewesene Familie in der traurigen Lage — da in der kurz bemessenen Zeit von 8 Uhr Abends an kein anderes Obdach und auch kein Möbelfuhrwerk aufzutreiben war, sich mit vier Kindern um 1 Uhr Nachts bei heftigem Schneetreiben nach Weißensee transportiren lassen zu müssen.

Zwei der Kinder — kaum dem Säuglingsalter entwachsen — erlagen trotz ihrer kräftigen, körperlichen Beschaffenheit der ihnen zugemutheten barbarischen Behandlung und haben sich nun ein Heim aufgesucht, wo kein Gesetz sie zwingt, sich einer so menschenunwürdigen Weise zu unterwerfen.

Dies bringen die trauernden Eltern und Geschwister zur Kenntniß der Anwohner.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. April, Vorm. 10 Uhr, von der Königstraße 32 aus statt.

Wie weiter mitgetheilt wird, war die Exmittirung vom Verwalter des fraglichen Hauses, Professor Dr. Hermann, wegen rückständiger acht Mark Miethe pränumerando pro 1. März veranlaßt worden. Ein Mitbesitzer des Hauses, in dem die Inschrift prangt: „Gott mit uns", ist nach Ausweis des Berliner Adreßbuchs der Domstifts-Kandidat P. Hermann. Kommentar überflüssig.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 22. bis 28. April 1900.

Geboren.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

18. April. Schuhmacher Hermann Johann August Schuldt. Arbeiter Johann Heinrich Behrens (Zwillinge). Schmied Otto Johann Heinrich Westphal. 19. Arbeiter Johann Ludwig Christian Weber. Schlosser Philipp Ludwig Adolf Steinfatz. 20. Tapezier Johannes Wilhelm Bernhard Rickert. Kaufmann Mikelis Plewe. Arbeiter Johann Hartig Wilhelm Sackow. 21. Kaufmann Clemens Franz Heinrich Elberfeld. Müller Gustav Martin Böhme. Maurer Carl Heinrich Bernhard Bendfeld. Seemann Wilhelm Friedrich Schädel. Zimmermann Heinrich Wilhelm August Leesch. 22. Arbeiter Friedrich Christian Theodor Johann Posseehl. Güterschreibergehülfe Johann Joachim Heinrich Wilhelm Carl Schwerin. Bauarbeiter Johann Joachim Carl Christoph Prahl. Klempnergeselle Emil Funke. 23. Schuhmacher Theodor Johann Philipp. Arbeiter Joachim Heinrich August Lewitz. Kaufmann Johann Wilhelm Helmuth Paul Borkenhagen. Arbeiter Franz Pozorski (Krempelsdorf). Tischlergeselle Max Steffenhagen. 24. Tischler Nicolaus Fritz Wilhelm Strohfeldt. Kaufmann Carl August Friedrich Bodo Hucäus. 27. Schlosser Joachim Heinrich Nikolaus Koop. Hüter und Bierhändler Joachim Hermann Ernst Bick. Schlosser Ernst Gottfieb Christian Hampe.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

16. April. Arbeiter Johann Carl Heinrich Wöhler. 17. Stellmacher Karl Robert Otto Hühnerfuß. 18. Prokurist Johannes Georg Friedrich Ströh. 19. Maschinenschlosser Bernhard Friedrich Johann Strunck. 20. Gärtner Carl Johannes Christian Krohn. 21. Arbeiter Johann Joachim Heinrich Rickmann. 22. Töpfer Gottfried Heinrich Carl Grüske. Kanzlist bei der Landesversicherung der Hansestädte Karl Johann Friedrich Babst. 23. Böttcher Friedrich Heinrich Georg Schuldt. Kaufmann Johann Wilhelm Heinrich Paul Borkenhagen. Arbeiter Hans Heinrich Friedrich Fickbohm. Kaufmann Johannes Christian Gottfried Boye. 25. Ober-Ingenieur Georg Heinrich August Buttermann. Steindrucker Carl Friedrich Georg Seeler. 26. Sekretär der Handelskammer Dr. phil. Carl Mollwo. 28. Maschinist Carl Joachim Ludwig Brüggemann.

Sterbefälle.

22. Februar. Im Hafen von Apia an Bord S. M. S. „Cormoran": Obermaschinist Heinrich Johann Friedrich Fickbohm. 22 J. 4 M. 5 T. 21. April. Heinrich Christian August Dencker, 1 J. (Wilhelmsburg). Dorothea Maria Charlotte Marscoff, 78 J. 22. Frida Helene Christine Zapel, 9 J. 23. Heinrich Hans Emil Hellmann, 9 M. 24. Ein Knabe, 26 T. V.: Arbeiter Karl August Elsholz. Ein todtgeb. Knabe, V.: Arbeiter Ernst August Friedrich Reimers. Uhrmacher Philipp Ludwig Eduard Schilder, 68 J. 25. Ernst Otto Heinrich Tod, 5 J. Catharine Maria Wilhelmine genannt Cathinka geb. Fritz, verw. Krempien, Ehefrau des Schiffszimmermanns Johann Richard Lachlan Hartmann, 52 J. Walther Steen, 1 M. Arbeiter Eduard Julius Friedrich Bohnsack, 47 J. Maria Birkhahn, 44 J. 26. Gastwirth und Viehhändler Johann Hermann Friedrich Meyer, 63 J. Ein todtgeb. Mädchen, V.: Hauptzollamts-Assistent August Ferdinand Giese. Maria Sophia Jürss, 71 J. Ein todtgeb. Knabe, V.: Arbeiter Fritz Heinrich Julius Johann Lesenberg. 27. Arbeiter Hans Peter Lange, 58 J. Anna Florentine Christine geb. Kröger, Ehefrau des früheren Musikers Christian Jochim Heinrich Wulff, 79 J. Elisabeth Erna König, 2 J. Maria Magdalena geb. Ewers, Ehefrau des Schneidermeisters Johann Franz Friedrich Brügmann, 64 J.

Angeordnete Aufgebote.

23. April. Kaufmann Carl Adolf Schmaltz zu Hamburg und Wilhelmine Marie Louise Möller. Schiffszimmermann Wilhelm Johann Martin Brüdigam und Catharina Sophie Elise Kröger. Arbeiter Johannes Friedrich Müller und Elise Wilhelmine Auguste Witt. Schlosser Wilhelm Stock und Anna Maria Elisabeth Hümöller, beide zu Hamburg. 24. Arbeiter Joachim Heinrich Bollow und Elisabeth Cornelia Dorothea Eugel Goldschmidt zu Israelsdorf. Arbeiter Joachim Friedrich Wilhelm Glaser und Bertha Maria Rings. Buchbindermeister Heinrich Carl Christian Claassen und Friederike Catharina Marie Capell. Arbeiter Heinrich Johann Wilhelm Martin Gutow und Anna Helene Kahlau. Stellmacher August Friedrich Ferdinand Bentfeldt und Wittwe Flora Bernhardine Thege geb. Wilms. Bäcker Johann Hinrich Diedrichsen und Bertha Anna Louise Voss. Arbeiter Ludwig Droschau und Luise Wilhelmine Burat zu Brunau. Schreiber Georg Jacobsen und Maria Christina Petersen, beide zu Altona-Ottensen. 25. Restaurateur Bernhard Martin Heinrich Busch und Emilie Franziska Christine Brockmann, beide zu Oldesloe. Arbeiter Rudolph Joachim Heinrich Wieckhorst und Anna Therese Emilie Möller, beide zu Reinfeld. Förster Ernst Paul Oscar Trensein zu Hackendorf und Johanna Auguste Julie Lecke. Arbeiter Heinrich Friedrich Christian Freitag und Maria Christine Catharine Leege. 26. Matrose Gustav Hermann Karl Rase und Bertha Luise Johanna Tank. Arbeiter Carl Friedrich Andreas Wolty und Auguste Thies zu Fackenburg. Goldschmied Hartwig Jacobsen zu Heiligenhafen und Auguste Beate Marie Junge zu Kiel. Kaufmann Adolph Peter Thomsen zu Schwerin und Magdalena Sophia Margaretha Brockstedt zu Büdelsdorf. 27. Träger Heinrich Johann Christoph Redding und Maria Dombrowski. Schlosser Adolph Heinrich Bernhard Kruse und Friederike Dorothea Wilhelmine Persson. 28. Bahnmeister Carl Hein und Malwine Ahrens zu Wilstedt.

Eheschließungen.

24. April. Friseur Carl Friedrich Wilhelm Sommer und Maria Sophia Johanna Elisabeth Landau. Kaufmann Arthur Alex Junkers zu Berlin und Therese Marie Friederike Wengenroth zu Vorwerk. Zimmermann Heinrich Wilhelm Bernhard Sais und Karoline Charlotte Marie Martin. 27. Stellmacher Adolph Christian Heinrich Faber und Ludovica Henrica Catharina Scharnweber. Buchhalter Johannes Heinrich Georg Petersen und Ella Dora Minna Maria Christine Grützmacher. Friseur Carl Georg Bernhard Heis und Emma Frieda Meyer. 28. Schreiber am Amtsgericht Otto Oscar William Riedel und Marie Franziska Schupp. Kaufmann Johannes Felix Oscar Pienvig zu Hamburg und Elisabeth Johanna Auguste Emma Vogt. Lokomotivheizer Friedrich Johann Christian Waldmann zu Hamburg und Dorothea Marie Margarethe Eickhoff. Tischler Ludwig Hermann Friedrich Küver und Louise Maria Dorothea Bohnhoff. Arbeiter Heinrich Carl Ernst Wiechmann und Emma Christine Doje zu Mori. Arbeiter Hermann Joachim Friedrich Haselbrinck und Wittwe Caroline Sophia Dorothea Freund geb. Vagt. Arbeiter Wilhelm Heinrich Friedrich Böbs und Wittwe Dorothea Mathilde Henriette Aeemann geb. Bornhövet. Nieter Johannes Eduard Hermann Bruhn und Wittwe Dorothea Maria Klipp geb. Franck.

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

im Gerichtshause, Zimmer 20,

Dienstags 12 Uhr.

Grundstück	Eigenthümer	Einsatz Mk.	Termin
Schönböketnerstr. 3 c	Wehling	12 000	15. Mai
Krähenstraße 25	Wängler	15 800	22. „
Schönböketnerstr. 18	Jäger	3 500*	22. „
Hansastraße 73	Mannshardt	8 000	29. „
Ratzeburger Allee 25c	Schwartz	9 800	29. „
Holstenstraße 38	Marwede	70 500	29. „

* und Grundhauer.

Sternschanz-Viehmarkt.

Montag, 2. Mai.

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 450 Stück. Preise: Vorstehende Verkaufsschweine 43—44 Mk., leichte 45—46 Mk., Sauen 36—40 Mk. und Ferkel 44—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief langsam.

Zugeführt wurden 1401 Stück. Preise: Beste 90—100 Mk., geringere 55—75 Mk. pr. 100 Pfd.

Frau Andree stockte das Blut im Herzen. Bei aller Unruhe und Aufregung lag eine solche Feierlichkeit in Leonhards Gebahren, daß sie fühlte, hier gab es kein Entweichen; sie mußte Rede stehen, sogleich. Ohne zu forschen, warum er komme zu dieser Stunde, in diesem Aufzuge. — Aber wie sich so schnell fassen, was ihm sagen? Hatte sie darum Jahre lang im stillen gekämpft und gelitten, daß ein einziges Wort alles vergeblich machte? Nein, sie wollte nicht niederreißen, was sie aufgebaut hatte.

„War mein Vater ein Ehrenmann?" klang es noch einmal an Dorotheas Ohr.

Und: „Ja," sagte sie leise und bestimmt.

Leonhard athmete tief auf, und Martha preßte wie erleichtert die Hand gegen die wogende Brust.

„Er hat nichts gethan," fuhr Leonhard fort, „dessen er sich zu schämen hätte, nichts, das nicht vor aller Welt ausgesprochen werden dürfte? — Mutter, er hat nichts gethan, womit er Dich gekränkt hätte, was sein Andenken in Deinem Herzen trüben könnte?"

„Nichts," flüsterte sie.

„Schwöre mir das, Mutter!" rief nun Leonhard ungestüm.

„Schwören!" stammelte die Unglückliche.

„Ich bitte Dich darum."

„Schwören?" kam es noch einmal wie ein Hauch von den bebenden Lippen.

„Ja, schwören, Mutter. Wenn es wahr ist, kannst Du es auch beschwören, und Du mußt es und Du wirst es!"

„Nein," sagte Frau Dorothea; und sie wußte, daß in diesem Augenblicke der Tempel, den sie dem Andenken ihres Gatten errichtet hatte, krachend zusammenbrach.

„Nein!" schrie Leonhard.

„So hast Du uns getäuscht!" rief Martha.

„Hast uns belogen und alles, was jene anderen behaupteten, ist wahr — o Gott, alles — alles! — Unser Vater hat sein Vermögen durchgebracht zu seinem Vergnügen, und als er fertig damit war, als er sich und uns ruinirt hatte, nahm er sich das Leben —"

„Das weiß man nicht," murmelte Dorothea, — „das weiß man nicht."

„Er hat Dich hintergangen," fuhr Leonhard in höchster Erregung fort, „und jener Mensch ist wirklich mein Bruder, — und ich habe ihn erschlagen, weil er das behauptete."

„Leonhard!" Wie ein Schrei rang es sich von zwei Lippenpaaren.

„Ja, das habe ich gethan. Er begeiferte das Andenken meines Vaters, und wie einen tollen Hund habe ich ihn niedergeschlagen — Du weißt schon wen, Mutter. Und er hatte recht, und ich bin zum Mörder geworden um nichts — ich Narr! o ich Narr!"

Er schlug sich mit der geballten Faust vor die Stirn und rannte wie ein Wahnsinniger aus dem Zimmer.

Einen Augenblick verharrten die beiden Frauen wie gelähmt in dumpfer Betäubung, einen Augenblick nur, dann erhob sich Frau Andree. Ueber all' den furchtbaren seelischen Qualen war ihr nicht ganz die Erwägung dessen verloren gegangen, was zunächst noth thue; nur das Nächstliegende ins Auge fassend, mit mütterlicher Zärtlichkeit für die Wohlfahrt des geliebten Kindes sorgend, so wie sie sich ihr im Momente selbst darstellte. Sie raffte von den Geldstücken, die vor ihr auf dem Tische lagen, zusammen, was sie zu greifen vermochte und eilte dem Sohne nach. Im Vorsaale war inzwischen das Gas verlöscht und die Thür geschlossen worden; und so stand Leonhard noch immer vor dem Ausgang und suchte nach dem Schlüssel.

„Hier, Leonhard, hier!" flüsterte sie, ihm das Geld hinhaltend, „und einen andern Anzug, einen warmen Mantel —"

Leonhard begriff nicht gleich.

„Nimm, nimm!" drängte sie. „Du kannst doch nicht ohne Geld —"

„Ja," antwortete er wie geistesabwesend. „Ich kann doch nicht ohne Geld —"

Sie versuchte Licht zu machen, aber die Hände zitterten ihr so stark, daß sie die Zündhölzchen nicht zum brennen brachte. Nun öffnete sie den Kleiderschrank, der im Vorsaal stand. Sie hielt gut Ordnung und wußte auch im Dunkeln das Richtige zu finden. Sie packte zusammen, was ihr gerade in die Hände fiel und wickelte alles in eine Reisedecke.

„Wäsche," murmelte sie. „Du mußt auch Wäsche mitnehmen!" Und wieder im Dunkeln holte sie herzu, was sie brachte. Leonhard stand unthätig, unbeweglich dabei; nur einmal, als die große Rolle sich nicht in den Riemen, den sie darum befestigen wollte, fügte, rief er: „Schnell, Mutter, schnell!" Ihr zu helfen, daran dachte er nicht.

Endlich war es ihr gelungen.

„Du solltest Dich umziehen," schlug sie vor.

„Nein, nein, — ich habe keine Zeit —"

„Aber einen Mantel —"

„Ja, einen Mantel."

Dann schloß sie ihm die Thür auf. Sie tasteten sich die Treppe hinunter, und auch die Hausthür öffnete sie. Mit flüchtigem Lebewohl eilte er an ihr vorüber.

„Leonhard! nicht einen Kuß zum Abschied?" klang es ihm nach mit gebrochener Stimme aus gebrochenem Herzen.

Er wandte sich um, ließ seinen Packen zu Boden gleiten, schlang seine Arme um Dorotheas Hals und küßte sie mit inbrünstiger Dankbarkeit.

„Mutter, liebe, gute Mutter! ich danke Dir, vergieb mir —" — — —

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.